

VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Ungarische Revolution 1956
Seiten 4 und 5

Juso-AG's im Wahlkampf
Seite 3

Wahlen in Österreich
Skandinavien im Umbruch
Seite 6

Hamburger Bürgerschaftswahl
Seite 8

Nr. 86 - Oktober/November 1986
80 Pfg. - Solidaritätspreis 1,20 DM

Stoppt die Ausländerhetze der CDU/CSU SPD-Spitze darf nicht kapitulieren

Mit der hysterischen Warnung vor einer „Asylantenschwemme“ wollen CDU und CSU den Wahlkampf bestreiten. Asylsuchende aus der „3. Welt“ sollen jetzt als Sündenbock herhalten und davon ablenken, daß in den letzten vier Jahren unter Kohl trotz Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist. Dabei ist Strauß, einer der eifrigsten Verfechter einer Grundgesetzänderung, selbst mit vielen Diktatoren auf der Welt (von Pinochet über Stroessner bis Jaruzelki) persönlich befreundet, deren Regimes überhaupt erst viele Menschen zur Asylsuche in die BRD treiben!

Die Asylsuchenden werden in Not-Zelten, Baucontainern, auf Fußballplätzen oder in Altenheimen untergebracht, haben Arbeitsverbot und dürfen in vielen Fällen nicht einmal den entsprechenden Stadt- oder Landkreis verlassen. Manche Städte lassen Asylbewerber für einen Stundenlohn von 1,50 DM „gemeinnützige Arbeiten“ verrichten und untergraben dadurch die gewerkschaftlichen Tarife.

Oder man bringt in Dörfern von 300 Einwohnern 300 Flüchtlinge unter. Hier wird gezielt Unruhe provoziert. Teile der Bevölkerung reagieren verärgert über die Flüchtlinge statt über die Bürokraten, die so etwas ausknobeln und zu verantworten haben. Aber die Unionsparteien brauchen solche Zwischenfälle, um die Änderungspläne des Asylrechts zu rechtfertigen.

Manipulationen

Und wenn das Wahlkampfthema schon nicht „Ausländer raus“ heißen kann, so doch zumindest „Ausländer halt“.

Der Hinweis auf die Nachbarländer darf natürlich auch nicht fehlen. Die BRD liegt laut Zimmermann mit der Aufnahme von Flüchtlingen „seit Jahren an der Spitze“. In absoluten Zahlen ist das korrekt, im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt die BRD jedoch auf Rang 5. Das Ver-

hältnis Asylbewerber zu Einwohner lag in der BRD 1984 bei 1:1749; in Schweden betrug die Relation 1:755. Dies wird von Zimmermann jedoch nicht gesagt. Das ist eine gezielte

Nur noch wenige Wochen trennen uns vom Wahltag. Die SPD hat die Chance, die Rechtsregierung abzulösen und die absolute Mehrheit zu erreichen. Dies hängt von Programm, Politik und Strategie der Parteiführung ab. Im Regierungsprogramm von Johannes Rau wurden endlich konkrete Maßnahmen und Versprechen benannt. Dies sind begrüßenswerte Schritte nach vorn und gute Gründe, am 25. Januar SPD zu wählen. Aber das allein reicht nicht. Aktive Gewerkschafter, Jugendliche, Sozialisten müssen sich für weitergehende, sozialistische Maßnahmen der nächsten SPD-Regierung einsetzen.

Die von Rau versprochenen Maßnahmen drehen nur einen Teil des konservativen Sozialabbaus wieder zurück. Ein umfassendes Reformprogramm muß mehr beinhalten:

- Rücknahme aller Kürzungen im Sozialbereich, einschließlich der während der sozialliberalen Regierung durchgeführten;
- Rücknahme der Wehr- und Zivildienstverlängerung und Rücknahme

Manipulation von Tatsachen. Tatsache ist auch, daß die BRD mit einem Flüchtlingsanteil von 0,2% durch arme Länder wie den Sudan (3,4%) und Somalia (13,2%) weit übertroffen wird.

Arbeitereinheit

Zimmermann weissagt weiter eine „Kostenexplosion“ von 2,8 Milliarden DM. Bei genauerem Hinsehen jedoch erweist sich diese Summe als ein Klacks. Der Bundeshaushalt alleine hatte im vergangenen Jahr ein Volumen von 258 Mrd. DM, und der Wehretat im Bundeshaushalt 1987 wurde auf 51,7 Milliarden DM veranschlagt. Die „Explosion“ entspricht etwa den Kosten für 3 Tornados, also jenen Kampfflugzeugen von zweifelhaftem Gebrauchswert. Die Arbeiterbewegung muß das



Schicksal der Asylanten aufgreifen und die gemeinsamen Interessen von Arbeitern aller Nationalitäten in den Vordergrund stellen. Die Kampagne der DGB-Jugend „Mach meinen Kumpel nicht an“ ist ein Schritt in die richtige Richtung, während die SPD-Führung einen Schritt in die falsche Richtung vollzog, als sie sich mit der Parole „SPD macht's möglich“ stolz die „Lorbeeren“ dafür anheften wollte, daß die DDR jetzt Asylanten ohne Anschlußvisum nicht mehr nach West-Berlin durchlassen will. Das ist eine Kapitulation vor der ausländerfeindlichen Asylantenhetze der Bürgerlichen! Damit werden weder die Probleme noch die Misere der Asylsuchenden aus der Welt geschafft.

Unsere Forderungen müssen lauten:

- * Überführung von leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum und Zuweisung an Asylanten, kinderreiche Familien und andere Wohnungssuchende
- * keine Zwangsarbeit für Asylbewerber und andere Sozialhilfeempfänger zum Hungerlohn; stattdessen volle Tarife und gewerkschaftliche Rechte
- * Volles Wahlrecht für alle in der BRD Wohnhaften nach einer Übergangszeit
- * freie Rechtsberatung für alle Asylsuchenden

Manfred Padberg, Hannover
Jungsozialist

Absolute SPD-Mehrheit und sozialistische Politik

aller Gesetze zum Abbau demokratischer Rechte, insbesondere der „Sicherheitsgesetze“;

- Nicht nur Rücknahme der Änderung des § 116, sondern gleich Verbot der Aussperrung;
- Gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche durch Änderung der Arbeitszeitverordnung und Herabsetzung des Rentenalters auf 58 ohne Lohn- und Einkommensverlust;
- Mindesteinkommen und -renten von 1500,- DM netto;
- Massives staatliches Beschäftigungsprogramm im Umweltbereich, das in Kürze 1 Million Arbeitsplätze schafft und nach dem Verursacherprinzip finanziert wird: zu Lasten der Unternehmer, nicht der Verbraucher;
- Ausbau des Sozial- und Gesundheitswesens sowie der Modernisierung von Mietwohnungen;
- Abbau aller stationierten Mittelstreckenraketen;
- Sofortige Stilllegung aller AKW's mit Arbeitsplatzgarantie der Be-

schäftigten in anderen Bereichen.

Der nächste weltweite Wirtschaftsabschwung (siehe auch Kommentar Seite 2) bedeutet auf kapitalistischer Grundlage: Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit auf 3 bis 4 Millionen, riesige Löcher in den Staatsfinanzen, drastische Kürzungen im Sozialbereich, Angriffe auf alle Errungenschaften der organisierten Arbeiterbewegung. Eine Regierung Rau stünde dann am Scheideweg. Entweder: Kapitalistische Krisenverwaltung zu Lasten der Arbeitnehmer und Jugendlichen, und zwar so einschneidend, daß die Kohlregierung, die ja im Aufschwung dran war, womöglich „übertroffen“ wird. Oder: Bruch mit den Kapitalinteressen und Umsetzung eines sozialistischen Programms, das im Kern beinhaltet:

- Überführung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum;
- In den verstaatlichten Bereichen Arbeiterkontrolle und Verwaltung durch demokratisch gewählte und

jederzeit abwählbare Vertreter von Belegschaften, Gewerkschaften und Staat, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn;

- Demokratische Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung.

Auf dieser Grundlage könnten die notwendigen Reformen durchgesetzt, finanziert und abgesichert werden. Natürlich kann ein solches Programm nicht per Regierungsdekret eingeführt werden. Notwendig ist - beginnend im Wahlkampf - eine breit angelegte Kampagne, in der die Maßnahmen erklärt und dafür mobilisiert werden muß. Jede Politik auf kapitalistischer Grundlage - das hat z.B. die Erfahrung mit der sozialistischen Regierung Mitterrand gezeigt - führt zur Krisenverwaltung, zur Enttäuschung und Abkehr der Wähler und Anhänger.

Fortsetzung Seite 3

KAMPFFONDS



Marxistische Stimme der SPD stärken

Die SPD hat auf dem Nürnberger Parteitag einige Reformen für den Fall der Regierungsübernahme versprochen, wie die Rücknahme einiger der unsozialen Kürzungsmaßnahmen der CDU/CSU/FDP-Koalition. Jetzt geht es für uns darum, die Grundlage für die Durchsetzung eines Reformprogramms zu schaffen, nämlich die absolute Mehrheit. Doch auch dann gilt es, dafür zu kämpfen, daß die Reformen wirklich durchgesetzt und zum Ausgangspunkt der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft gemacht werden. Denn nur so sind Reformen dauerhaft abzusichern.

Deswegen müssen das Gewicht und der Einfluß marxistischer Ideen in SPD, Jusos und Gewerkschaften verstärkt werden. Mit einem offensiven Wahlkampf kann die SPD die Schwarzen schlagen. VORAN will dabei helfen.

Bis zur Bundestagswahl Ende Januar 1987 wollen wir 45.000,- DM für den Aufbau unserer Zeitung sammeln. Seit der letzten Ausgabe trafen bei uns 8.549,95 DM ein. Da mit

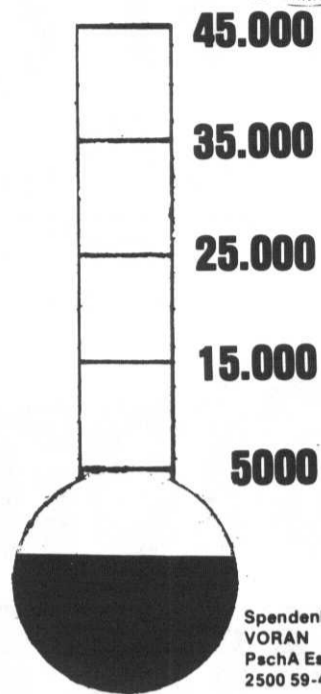
11.719,61 DM, also 26% unseres Zielles erreicht.

Unglücklicherweise ist das immer noch entschieden zu wenig! Alle VORAN-Leser und -Unterstützer werden dringend gebeten, die Sammelaktivitäten zu verstärken!

Das ist möglich, wie folgende Beispiele zeigen:

In Lübeck kamen durch Haarschneiden und Nachhilfeunterricht 72,80DM zusammen. Auch Flohmärkte sind recht lohnend, wie Hamburger und Stuttgarter Leser mit 124,-DM und 68,60DM Erlös unter Beweis stellten. Gesellige Aktivitäten erbrachten in Essen 44,40DM (Kampffonds-Essen), in Bremerhaven 24,-DM (Video-Abend) und in Stuttgart 45,-DM (Grillfest). Die Teilnahme an Veranstaltungen mit Info-Tisch, Zeitungsverkauf usw. zahlt sich aus, z.B. ein Stadtfest in Stuttgart: 155,-DM, Juso-Frauenveranstaltung 19.7.: 39,24DM.

Ein Leser in Hamburg ging sogar zur Blutspende, was 45,-DM für den Kampffonds ergab. Leser in Villingen-Schwenningen spendeten 20,-DM. Bei Lesertreffen in Nürnberg und Kaiserslautern wurden 114,30DM und 136,90DM gesammelt. Jeder kann einen Beitrag leisten, wie man an den vielen kleinen Einzel-



Spendenkonto VORAN PschA Essen 2500 59-430

spenden sieht. So spendete Kai Ruott, Schüler aus Stuttgart, 3,-DM.

Macht die Wahlkampf-Offensive gegen die Kohlregierung gleichzeitig zur Kampffonds-Offensive!

Leo Schiffer, Redaktion Köln

Der Kommentar

Das Gebäude wankt

Hört man die Propaganda der Bundesregierung, so könnte man glauben, der Kapitalismus habe alle Probleme überwunden: Gesunkene Inflationsrate, Wachstum von 3%, Rückgang der Neuverschuldung, sogar Rückgang der Arbeitslosigkeit. Aber der Schein trügt. Der Aufschwung der letzten Jahre wird künstlich verlängert - um den Preis einer Verstärkung der nächsten Rezession.

Die Inflationsraten wurden auf Kosten der 3. Welt gesenkt. So fielen die Nahrungsmittelpreise seit 1980 durchschnittlich um 15% pro Jahr, die Rohölpreise um die Hälfte in einem Jahr, und auch bei Metallen und anderen Rohmaterialien hat seit 1980 ein drastischer Preisverfall eingesetzt. Das hat viele Länder, die aufgrund der jahrhundertelangen imperialistischen Ausbeutung auf den Export von Rohstoffen angewiesen sind, in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben.

Die letzten beiden Beispiele waren der Verfall der Rohöl- und der Zinnpreise, die unter anderem Mexiko und Bolivien in den wirtschaftlichen Ruin führten. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger in den Ländern der 3. Welt. Auch die enormen Schuldentilgungen und Zinsen können nicht mehr gezahlt werden. Das notdürftig zusammengeschusterte Umschuldungsprogramm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds gerät wieder ins Wanken - und mit ihm die Banken.

USA — Aufschwung durch Staatsverschuldung

Die Hauptkraft für den Aufschwung in der BRD war der gesteigerte Export vor allem in die USA. Aber des einen Nachtigal ist des anderen Eule — deutlich abzulesen an dem Handelsbilanzüberschuß der BRD und dem Handelsbilanzdefizit in den USA, die ihrerseits den Aufschwung in ihrem Lande bisher durch gigantische Staatsverschuldung finanzierten. Dieser Aufschwung stützte sich nicht auf eine gesteigerte Industrieinvestition und Produktion, sondern auf stark gestiegene Militärausgaben und eine Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Die Wachstumsrate in den USA betrug 1984 noch 6,6%, 1985 2,3% und im zweiten Quartal 1986 nur noch 0,6%.

Um eine drohende Rezession in den USA abzuwenden, hatten voriges Jahr Finanzminister und Bankiers der fünf führenden Industrienationen beschlossen, den Dollarkurs „sanft“ zu senken, um so die Wettbewerbsfähigkeit von US-Gütern zu verbessern. Nun ist der Dollar 40% weniger wert, mit Auswirkungen z.B. auf die Bundesrepublik, deren Exporte in Dollar-Länder sich um 40% verteuert haben. Das führt entweder zu Gewinn-Einbußen der Unternehmen oder zur Aufgabe von Marktpositionen. Der Export der deutschen Stahl-Industrie in Nicht-EG-Länder ist in den ersten sechs Monaten 1986 um 30% gesunken.

Drohende Weltrezession

Allerdings hat sich die Lage in den USA nicht verbessert. Im August dieses Jahres befanden sich offiziell 31 der 50 Staaten der USA in der Rezession, besonders betroffen die Gebiete mit überwiegend landwirtschaftlicher Produktion und die „klassischen“ Bereiche wie die Stahlindustrie. Aber auch Texas hat große Probleme wegen der gefallenen Ölpreise. Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA sind nicht gefallen, im Gegenteil, sie sind auf neue Rekordhöhen angewachsen.

Nun üben US-Finanzminister und Bankiers Druck auf Europa und Japan aus: Entweder kurbeln diese Länder durch Zinssenkungen und stärkere Staatsverschuldung ihre Wirtschaften an und erhöhen dadurch Importe aus den USA, oder aber die US-Banken veranlassen ein weiteres Sinken des Dollarkurses und die Regierung greift zu verschärften Handelsbeschränkungen — also Protektionismus. Beides sind verzweifelte Maßnahmen. Protektionismus hat schon zu der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 geführt.

Erste Anzeichen von Panik sah man am 11. September dieses Jahres: In New York fielen die Aktienkurse um 4,6% gegenüber dem Vortag, der Dollar sank unter 2 DM. Zum Vergleich: Am „Schwarzen Freitag“ 1929 fielen die Kurse um 12,82%.

Noch sind die Verantwortlichen in der Bundesrepublik und in Japan nicht bereit, dem Druck der USA nachzugeben, da sie Angst vor einem erneuten Anstieg der Inflation haben. Aber wird der Binnenmarkt in der Bundesrepublik stark genug sein, die Verluste durch weniger Exporte auszugleichen? Wohl kaum, denn daß der Verbraucher im Augenblick mehr Geld in der Tasche hat, liegt an einer einmaligen Kombination von Umständen: Den gesunkenen Rohölpreisen, der niedrigen Inflation, den Reallohnerhöhungen von 4-5% und der Steuerreform, die 9 Milliarden für den Konsum freigesetzt hat.

Vor allem aber wird sich die internationale Situation ändern. Die engen Verflechtungen der Weltwirtschaft führen dazu, daß die Rezession in den USA zu einer Weltrezession führt. Im Augenblick ist eine weltweite Rezession wahrscheinlicher als eine weitere Wachstumsphase, und sie wird tiefer sein und erstere Folgen haben als alle bisherigen Nachkriegskrisen, mit einer riesigen Pleitewelle, Bankenzusammenbrüchen, Massenarbeitslosigkeit und den schlimmsten Folgen für die Entwicklungsländer.

Der Kapitalismus hat seine Probleme keinesfalls überwunden, im Gegenteil: Die ihm innewohnenden Widersprüche brechen gewaltig auf. Auf kapitalistischer Grundlage wird es auch keine Lösung der Situation geben. Der einzige Ausweg ist eine sozialistische, geplante Weltwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

LESERBRIEFE

Leiharbeit

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seit einigen Wochen arbeite ich als Aushilfe in einer Putzkolonie der Firma Cowa, die u.a. als Fremdfirma bei der Daimler-Benz-AG beschäftigt ist. Schon nach kurzer Zeit wurde mir klar, daß hier eine katastrophale Ausbeutung von hauptsächlich ausländischen Arbeitnehmern vorstatten geht.

Die meisten Arbeiterinnen sind türkische Frauen, die nach ermüdender Arbeitssuche froh waren, überhaupt einen Job gefunden zu haben, und die sich nur aus Angst, wieder auf der Straße zu sitzen, teilweise haarsträubende Dinge gefallen lassen. Eine Arbeiterin hatte angeblich nicht sauber genug geputzt und wurde deshalb gezwungen, zwei Stunden früher als üblich zur Arbeit zu kommen, um ohne Bezahlung für

Schwarzarbeit

Liebe Genossen,

in den letzten Wochen beklagte sich die Bundesregierung (mal wieder) heftig über die Schwarzarbeit und erklärte, daß sie ernsthafte Kontrollen durchführen will.

Mir kamen bei dieser Nachricht einige Gedanken:

Die Regierung ist für mich Vertreter des Kapitals, also konkret ein Arbeitgeber. Und die stellen häufig Arbeitskräfte nur zur Aushilfe ein — also ohne Sozialversicherungsabgaben.

Die Arbeitgeber stöhnen über die zu hohen Lohnkosten, fordern Flexibilisierung, verschlechtern zusehends unsere Arbeitsbedingungen. Wenn unsere einen Arbeitsplatz haben will — und arbeiten wollen

diese „freiwilligen“ Überstunden die unterlassene Arbeit nachzuholen.

Vor wenigen Jahren war es bei Cowa noch üblich, Arbeitslose und Ausländer ohne Steuerkarte und Arbeitserlaubnis zu beschäftigen. Daß Cowa damit ein gutes Geschäft gemacht haben muß, liegt auf der Hand. Aber auch jetzt noch blüht der Handel bei Cowa, denn durch die niedrigen Löhne, die Cowa ihren Arbeitern zahlt - bei sehr guter Bezahlung durch die Daimler-Benz-AG - muß der Profit dieser Firma sehr groß sein.

Spricht man die Arbeiter darauf an, für mehr Löhne, kürzere Arbeitszeiten, gegen unbezahlte Überstunden aktiv zu werden, antworten sie nur mit resigniertem Achselzucken. Einige ihrer Kollegen waren beim Versuch, für mehr Rechte einzutreten, einfach gefeuert worden, und diese Abschreckung hat ge-

und müssen wir wohl alle — können wir uns das heutzutage nicht mehr aussuchen. Wir haben jeden Arbeitsplatz anzunehmen, und wenn wenn wir unter der Hand mal einen Job bekommen, also schwarz arbeiten, dann soll das unterbunden werden. Uns ist es nicht erlaubt, zu dem Arbeitslosengeld oder zur Sozialhilfe kurzfristig dieses „Taschengeld“ aufzubessern, aber für die Arbeitgeber gibt es gesetzliche Möglichkeiten, uns nach Strich und Faden auszunutzen.

Und warum die Bundesregierung ganz schnell die Kontrollen durchführen will: Die Schwarzarbeit nimmt überhand, und für die „freigesetzten“ Arbeitskräfte werden Gelder benötigt. Gelder, die den Arbeitgebern aufzubringen nicht zugemutet werden kann.



wirkt: Denn ein Arbeitsvertrag, bei dem eine Kündigungsfrist einzuhalten ist, wird bei Cowa nicht abgeschlossen!

Angesichts dieser Tatsachen halte ich es für nötig, die Aktivität von Gewerkschaften zu vergrößern, sich mit ihrer Hilfe für verbesserte Arbeitsbedingungen einzusetzen und die Leiharbeit abzuschaffen! Mit sozialistischen Grüßen

Katrin Öfinger

Um diese Ungerechtigkeiten ein für allemal aus dem Weg zu räumen, fordere ich:

- eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
- die Überführung der 200 größten Industrieunternehmen, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum
- die Kontrolle und Verwaltung dieser Betriebe durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen

— einen garantierten Mindestlohn von 1500 DM netto.

Elke Prengel, Hamburg

Asylanten

Sehr geehrte Damen und Herren!

...Für die CDU/CSU ist Asyl nicht länger politische Verpflichtung, sondern logische Fortsetzung dessen, was bei der Bewältigung der Dauerarbeitslosigkeit durch Ausgrenzung vorexerziert wurde: Wen kümmern die Schicksale der über 2 Millionen Arbeitslosen. Weiter so, Deutschland, heißt: Solange wir an der Macht sind, kann uns das Elend der anderen gestohlen bleiben. Nach dem Motto: Wenn die Bürger Angst haben, dann muß man dafür sorgen, daß sie mehr Angst vor den Asylanten als vor Raketen und Arbeitslosigkeit haben...

Mit freundlichen Grüßen

Hans Delhaes, Aachen
SPD-Mitglied

Bundesweites VORAN-Seminar

Zu einem bundesweiten VORAN-Seminar lädt die Redaktion alle Interessenten für das Wochenende 29./30. November 1986 ein.

Themen:

Koloniale Revolution in Mittelamerika
Perspektiven für den Bundestagswahlkampf
praktische Wahlkampfarbeit

Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um schnelle Anmeldung.
Nähere Einzelheiten und Anmeldung an:

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/13 45 04



Fortsetzung von Seite 1

Absolute Mehrheit ist nötig

Der Nürnberger Parteitag war in vielerlei Hinsicht die Bestätigung eines gewissen Linksrucks in der Partei, der nach dem Sturz in die Opposition begonnen hatte. Das schlug sich vor allem im Beschluß über den Ausstieg aus der Atomenergie und den Wahlen zu Vorstand und Präsidium nieder, bei denen die Linken Erfolge erzielten.

Doch das Ziel einer absoluten Mehrheit - so scheint's - wurde seit Nürnberg stillschweigend zu Grabe getragen. Stattdessen ist nur noch von „Nr. 1 werden“ und „eigener Mehrheit“ die Rede. Dieses Signal wurde von vielen Funktionären aufgegriffen. An der Parteibasis und in den Ortsvereinen wird verkündet: die absolute Mehrheit sei „unrealistisch“, stärkste Fraktion zu werden doch auch schon ganz nett. Dabei wird gleichzeitig daran festgehalten, daß man keine Koalitionen wolle. Doch dann muß man auch auf die absolute Mehrheit setzen.

Warum soll plötzlich unrealistisch sein, was gestern noch von der Parteiführung propagiert wurde? Was im Saarland und in NRW auch möglich war? Die bescheidenen Ergebnisse in Niedersachsen und Bayern sind vor allem auf den Verzicht zurückzuführen, klare und kämpferische Alternativen zu CDU und CSU aufzu-

zeigen; dadurch konnten Stammwähler - Jugendliche und Arbeiter - nicht ausreichend mobilisiert werden.

1972, nach erfolgreich eingeleiteter Reform- und Ostpolitik und dem gescheiterten Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt, erlebte die SPD eine große Mobilisierungs- und Eintrittswelle. 1980 polarisierte der Wahlkampf gegen Strauß die Bevölkerung; die FDP geriet zwischen die Räder dieser Polarisierung und war z.B. nicht mehr im NRW-Landtag vertreten, der im Mai 1980 gewählt wurde und in den die SPD erstmalig mit absoluter Mehrheit einzog. Sowohl 1972 als auch 1980 päppelte die SPD-Führung die Liberalen mit einer Leihstimmen-Kampagne (Zweitstimme für die FDP) wieder auf. Unglücklicherweise wollte die Parteiführung unbedingt an der Koalitionspolitik mit der Partei festhalten, die sich später dafür durch Überlaufen zur CDU bedankte. Das kostete damals die absolute Mehrheit.

Willy Brandt erläuterte seine 43%-Äußerung auf dem Nürnberger Parteitag dahingehend, er habe damit lediglich sagen wollen, von 37% bei den letzten Bundestagswahlen auf 43% zum Zeitpunkt seiner Äußerung zu kommen, sei doch schon ganz gut. Doch dann stellt sich die

Frage, warum in der verbleibenden Zeit nicht noch weitere 7% hinzugewonnen werden können? Brandt selbst hat darauf hingewiesen, daß zwischen dem Dortmunder Wahlparteitag 1972 und dem Wahltag im November eine viel kürzere Zeitspanne lag. Die SPD holte damals ihr bestes Bundestagswahlergebnis. Ohne die Leihstimmen-Kampagne für die FDP hätte es die absolute Mehrheit sein können.

Wir können uns Strategien, die nicht auf Sieg sondern auf Platz setzen, nicht leisten. Die Gefahr, daß die Kohlregierung es noch einmal schafft und dann mit Kürzungen und Angriffen richtig loslegt, ist zu groß. Eine Minderheitsregierung Rau mit Unterstützung von FDP- oder CDU-Abgeordneten würde eine rechte Politik gegen die Interessen der Arbeitnehmer und Jugendlichen bedeuten, die von der Parteibasis nicht hingenommen werden würde.

Allenfalls wäre es denkbar, als Minderheitsregierung die Grünen zur Unterstützung einiger gemeinsamer Programmpunkte wie Ausstieg aus der Kernenergie aufzufordern. Doch auch das wäre nur eine sehr schlechte und brüchige, eine zweitbeste Lösung. Denn mit wem soll zum Beispiel eine Wirtschaftspolitik



Die absolute Mehrheit ist möglich. Doch es hängt von Programm und Strategie der Parteiführung ab.

im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, soll die in der kommenden Rezession sicher notwendige Mobilisierung der gegen die Widerstände des Kapitals erfolgen? Außerdem betont Rau immer, er wolle nicht mit den Grünen.

Nein, wie immer man es dreht und wendet, die Linie der Parteiführung in dieser Frage ergibt keine Logik. Wir können keinen Wahlkampf mit „gebremsten Scham“ führen, der Basis und Anhänger demoralisiert und am Siegeswillen zweifeln läßt. Wir müssen um die absolute Mehr-

heit kämpfen. Alles andere bedeutet Niederlage oder Verhältnisse, in denen die SPD ihre Positionen nicht durchsetzen kann.

Auch Parteilinke und Jungsozialisten sollten aufhören, pessimistisch auf rotgrüne „Lösungen“ zu schließen. Marxisten müssen sich vielmehr dafür einsetzen, daß eine SPD-Allregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms erkämpft wird.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Juso-Aktionsbeispiele aus dem Wahlkampf

Die AG durch aktiven



Wahlkampf stärken

Wir hatten im Wahlkampf auch das Ziel, unsere Juso-AG mit neuen Genossen zu stärken, deshalb haben wir vor dem Wahltermin eine öffentliche AG-Sitzung zum Thema „Wer wir sind, was wir wollen“ und eine Fete durchgeführt.

Unsere sozialistischen Forderungen regten fast immer zu - manchmal auch sehr heftigen - Diskussionen am Info-Stand an, vor allem auch die Forderung „Durchschnittlicher Facharbeiterlohn für alle Funktionäre - auch für Johannes Rau!“

Die öffentlichen Aktionen zeigen uns nicht nur die Stimmung in der Bevölkerung; sie sind auch eine Möglichkeit, neue Leute kennenzulernen, die aktiv bei Jusos/SPD mitmachen werden. Außerdem lernt jeder in vielen Diskussionen immer dazu.

Deshalb kämpft mit uns für ein sozialistisches Programm in SPD und Jusos. Denn durch Wahlen allein verändern wir nichts.

Eliane Preska, Aachen

Beispiel Aachen-West

„Nicht nur SPD wählen, sondern auch aktiv für ein sozialistisches Programm in der SPD kämpfen!“

Unter diesem Motto haben wir in den Kommunalwahlkampf in Aachen eingegriffen. In Aachen fanden am 28. September Nachwahlen zum Stadtrat in 3 Wahlbezirken statt. Der Grund dafür war, daß die CDU in diesen drei Wahlbezirken die Wahlergebnisse am 30. September 1984 falsch ausgewertet hatte, und zwar zu ihren Gunsten. Die Nachwahlen brachten der SPD 7% Stimmengewinne, und sie konnte dadurch der CDU einen Ratssitz abnehmen.

Wir haben bereits Ende August mit dem Kommunalwahlkampf begonnen und eine Menge Aktivitäten durchgeführt. Angefangen haben wir mit dem Herstellen von Stellwänden zu aktuellen Themen wie Asylanten, Atomenergie, aber auch zu Problemen vor Ort haben wir Stellung bezogen. Weiterhin haben wir in der AG ein Transparent gemalt mit der Aufforderung, SPD zu wählen und aktiv für ein sozialistisches Programm zu kämpfen. Mit diesen Stellwänden, dem Transparent und der Fahne haben wir jeden Samstag unseren Info-Stand vor dem Einkaufszentrum attraktiv gestaltet. Während der Woche führten wir zusätzlich Hausbesuche und Flugblatt-Verteilaktionen durch, bei denen wir auch VORAN gut verkaufen konnten.

Beispiel Stuttgart-Süd

„Vor vier Jahren gab es 2,1 Millionen Arbeitslose, heute sind es 2,5 Millionen. Und die CDU sagt: 'Weiter so Deutschland'. In 24 Großstädten suchen 150.000 Haushalte eine Wohnung und die CDU sagt: 'Weiter so Deutschland' ... Wir wollen eine sichere Zukunft, Lehrstellen, für alle eine anständige Existenz, genügend Wohnraum, eine gesunde Umwelt ... Wenn das kapitalistische System es sich nicht mehr leisten kann, unsere Ansprüche und Bedürfnisse zu befriedigen, können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten.“

So begrüßte Dieter Janßen von den Jusos Stuttgart-Süd die Besucher unserer Wahlveranstaltung am 20.9.1986. Dieter forderte die Besucher auf, dafür zu sorgen, daß die

VORAN Wahlkampf-Infodienst
für Juso-AG's, die aktiv sind oder es werden wollen.

enthält u.a.: Daten, Fakten, Argumente gegen die Rechtsregierung/ Aktionsbeispiele/ Texte und Manuskripte für Kulturveranstaltungen oder Sketche/ Tips und Hinweise für die praktische Wahlkampfarbeit/ interessante Meldungen aus der Tagespresse/ Planungshilfen für den Wahlkampf/ Wichtige Anschriften
Der Info-Dienst wird in unregelmäßigen Abständen ergänzt. Kosten: eine Spende nach eigener Wahl (was Euch die Tips wert sind ...)
Zu bestellen bei: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

SPD die absolute Mehrheit bekommt und machte deutlich, daß es nicht ausreicht, am 25. Januar sein Kreuz zu machen, sondern es sei notwendig, bei den Jusos und in der SPD aktiv zu werden. Von den 300 Besuchern gaben 21 Jugendliche ihre Adressen ab und wollen zu künftigen Juso-Veranstaltungen eingeladen bzw. aktiv werden. Bei der darauffolgenden AG-Sitzung einige Tage später erschienen 5 neue Gesichter. Einer der Neulinge trat an diesem Abend in die SPD ein.

Die Veranstaltung zeigte, daß Jusos Jugendliche mobilisieren können, wenn sie es richtig anpacken. Unsere beiden Stuttgarter Bundestagsabgeordneten waren beeindruckt.

Zur Mobilisierung für die Veranstaltung hatten wir ein ansprechendes Flugblatt gemacht und davon 4.500 Exemplare verteilt, hauptsächlich an Schulen in unserem Stadtteil. An einem Samstagmorgen machten wir Hausbesuche, bei denen wir zu unserer Veranstaltung einluden. Außerdem hatten wir 700 Plakate geklebt.

Das Programm sah vor: eine Stunde selbstgemachtes Theater und Kabarett, anschließend Funk-Rock-Jazz. Im Foyer gab es einen Bücher- und Infostand und in einem Nebenraum hatten wir eine Wurfzettel aufgebaut. Die Büchsen waren mit CDU-Wahlslogans von 1983 und Kohl-Visagen beklebt. Jeder konnte sich an einem Quiz beteiligen. Als ersten Preis gab es die LP von dem 5. Anti-Wahnsinns-Festival in Burglengenfeld. Selbstverständlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Das Theaterprogramm gab auf witzige Weise einen Überblick über 4 Jahre Kohl-Regierung. Dabei erhielten wir Unterstützung von Jusos aus zwei anderen Stuttgarter Arbeitsgemeinschaften, die solche

selbstgeschriebenen Programme schon öfter aufgeführt und jahrelange Erfahrung haben.

Die Veranstaltung gab der Juso-AG neuen Schwung für einen weiteren offensiven Wahlkampf. Bei der letzten AG-Sitzung haben wir einen Wahlauftritt verabschiedet, den wir bei Infoständen und Hausbesuchen an Jungwähler verteilen werden. Mit diesem Flugblatt rufen wir nicht nur auf, SPD zu wählen, sondern laden auch zu unseren Sitzungen, Stammtischen und Wahlveranstaltungen ein.

Wer Interesse hat, auf unser Beispiel zurückzugreifen, kann beim VORAN-Wahlkampf-Infodienst bestellen: Flugblatt „Laßt die Wende wackeln“, Quiz, Manuskript des Theaterprogramms, Wahlauftritt, Banderolen für Dosen.

Kurt Pfeifle, Stuttgart

Laßt die Wende wackeln

Funk-Rock-Jazz
MIT UNKNOWN PLEASURES
Gags
Stetche

Bonner Gyselkabinett
SAMSTAG, 20. SEPT. 19.30 UHR
ALTES FEUERWEHRHAUS
ECKE MÖHRINGER-/SCHREIBERSTR.
JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

Im Oktober jährt sich zum 30. Mal die Revolution der ungarischen Arbeiter, die für eine kurze Zeit die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie unterbrach und damit begann, die Grundlagen einer wirklichen Arbeiterdemokratie zu errichten. Die Revolution wurde zwar sehr bald von sowjetischen Panzern niedergewalzt, trotzdem aber bleibt sie ein unvergessenes Kapitel in der Geschichte der Kämpfe der internationalen Arbeiterbewegung.

Wenige Jahre nach den gewaltigen Erschütterungen und angesichts zunehmender Krisenerscheinungen in anderen Ländern Osteuropas ist es heute für jeden aktiven Sozialisten von größter Bedeutung, sich die Lehren aus der politischen Revolution in Ungarn bewußt zu machen.

Das stalinistische Regime war in Ungarn nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur und der Niederlage der Nazi-Truppen am Ende des Zweiten Weltkrieges errichtet worden. Die sowjetische Rote Armee beseitigte die unabhängige Bewegung der Arbeiter und übernahm die Kontrolle in Ungarn. Auf dieser Grundlage wurde das neue Regime unter der Führung der kommunistischen Partei eingesetzt. Mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung wurde die Wirtschaft verstaatlicht und eine Planwirtschaft aufgebaut. Dies ermöglichte beträchtliche Fortschritte in der Wirtschaftsentwicklung. Aber von Beginn an war alle Macht in den Händen der stalinistischen Bürokratie konzentriert. In der Wirtschaft hatte dies immer größere Fehlplanungen und Mißmanagement zur Folge, im politischen Bereich die Errichtung eines allmächtigen Polizeistaates. Das Ergebnis waren immer stärker anwachsende soziale Spannungen, die sich dann 1956 explosiv entladen sollten.

Nach dem Aufstand der Ostberliner Arbeiter und ähnlichen Strömungen in der Tschechoslowakei entwickelten sich im Sommer 1953 auch in Ungarn die ersten größeren Streiks seit über sieben Jahren. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung war tief verwurzelt und wurde weiter angeheizt durch einen niedrigen Lebensstandard, unerfüllbare Produktionsnormen in den Fabriken, Güterknappheit sowie die verschiedensten Aspekte und Auswüchse einer bürokratisch fehlgeleiteten Wirtschaft.

Ein Arbeiter aus dem bedeutendsten Industriezentrum Csepel im Süden Budapests drückte es so aus: „Die Kommunisten haben alle Fabriken und ähnliche Unternehmen verstaatlicht - mit der Parole 'Die Fabrik gehört Euch! Ihr arbeitet für Euch selbst!' Genau das Gegenteil aber ist wahr. Sie haben uns alles versprochen, uns aber gleichzeitig vollständig unterjocht und in das größtmögliche Elend gestürzt.“

Auch aus anderen Bereichen der Gesellschaft erhob sich Widerstand. Künstler, Schriftsteller, Studenten und Intellektuelle brachten ihre Kritik immer kompromißloser vor. Den ungarischen Stalinisten und ihren Moskauer Herren wurde zusehends klar, daß - genau wie zur gleichen Zeit in Polen - begrenzte Reformen von oben unum-

gänglich waren, um eine Explosion von unten zu verhindern.

Liberalisierung war im Sommer 1953 plötzlich das Schlüsselwort geworden. Matyas Rakosi, „Stalins ungarischer Lieblingsschüler“, wurde als Premierminister abgesetzt und durch Imre Nagy ersetzt, einem liberalen Bürokraten, der einen sogenannten „Neuen Kurs“ verkündete. Dazu gehörten bestimmte wirtschaftliche und soziale Reformen sowie eine politische Liberalisierung.

Unterdrückung - und neue Unruhen

Aber wie so häufig der Fall, hatte die Liberalisierung nicht die erhofften, sondern genau gegenteilige Auswirkungen. Anstatt Unzufriedenheit im Keim zu ersticken, heizte sie diese noch weiter an, indem sie die Leute spüren ließ, daß dem Staat tatsächlich Konzessionen abgerungen werden konnten. Die aufkeimenden Hoffnungen wurden jedoch unvermeidlich wieder zerstört: Anfang 1955 wurde Imre Nagy wieder abgesetzt und später sogar aus der Partei ausgeschlossen. Eine neue Welle der Unterdrückung setzte ein.

Unruhe kam erneut auf, nachdem Chruschtschow auf dem 20. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956 die Verbrechen Stalins verurteilt hatte. Der Petöfi-Kreis, ein inoffizieller Diskussionskreis Budapests, begann öffentliche Versammlungen abzuhalten. Der Druck auf das Regime wurde stärker.

Als Reaktion auf den polnischen Aufstand vom Juni flammten auch in Ungarn Demonstrationen und Streiks auf. Die Bürokratie sah sich daraufhin gezwungen, den wieder in sein Amt eingesetzten Rakosi ein zweites Mal abzusetzen - diesmal endgültig. Seinen Platz nahm Ernö Gerö ein, der für seinen unerschütterlich stalinistischen Standpunkt bekannt war. Andererseits wurden nun auch einige liberalere Stalinisten in das Politbüro aufgenommen, die zuvor im Gefängnis gesessen hatten, unter ihnen Janos Kadar.

Am 14. Oktober wurde Imre Nagy wieder in die Partei aufgenommen - eine Tatsache, die den Massen neuen Auftrieb gab und sie nicht etwa beruhigte. Anläßlich der Machtübernahme



Eines der ersten Ziele der Aufständischen war die Budapest Zentrale der sogenannten Kommunistischen Partei, die unter Opfern genommen während Aufständen und Unruhen auch in anderen Ostblockländern immer wieder ab.

Vor 30 Jahren Revolution in Ungarn Arbeiterräte contra Büro

durch Gomulka in Polen riefen die Studenten Budapests am 23. Oktober zu einer Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel auf, um ihre Solidarität mit den polnischen Arbeitern zu zeigen. Diese friedliche Demonstration gab dann das Signal für die erste Massenbewegung mit Tausenden von Menschen auf den Straßen Budapests.

Konkrete Forderungen

Die Bewegung entwickelte sich spontan. Die Stimmung der Teilnehmer war froh und gelöst, die Forderungen verwirrt, irgendwelche Pläne waren nicht ausgearbeitet worden. Trotzdem entwickelten sich aus dem ursprünglichen Thema der Solidarität mit Polen schnell konkrete, auf die ungarische Situation bezogene Forderungen.

Die Schriftsteller-Gewerkschaft hatte einige programmatische Punkte ausgearbeitet, und diese wurden nun von allen Demonstranten auf dem Bem-Platz verlesen. Sie wurden begeistert aufgenommen.

Punkt 1 erklärte: „Wir wollen eine eigenständige, nationale Politik, die auf den Prinzipien des Sozialismus basiert.“ Punkt 3 gab dem Verlangen der Arbeiter nach demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Planwirtschaft Ausdruck: „Wir werden die gesellschaftliche Krise nicht überwinden können, solange nicht alle Arbeiter, Bauern und Intellektuellen ihren angemessenen Anteil an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung des Landes übernehmen können.“ Schließlich verkündet Punkt 7: „Die Menschen müssen das Recht haben, ihre Vertreter im Parlament, im Rat und in allen selbstständigen Verwaltungsorganen frei und in geheimer Abstimmung zu wählen.“

Erfüllt von diesen Ideen wollten die an der Bem-Statue versammelten Massen nicht nach Hause gehen. Ein Teil der Menge zog weiter zum Parlamentsplatz und verharrte dort schweigend, in bedrohlicher Zahl.

Dazu stießen immer mehr Menschen, die von der Arbeit kamen, und so umfaßte die spontane Kundgebung bald Hunderttausende. Einige marschierten zum Stadtpark und stießen das dortige Stalin-Denkmal kurzerhand vom Sockel. Eine ebenfalls beträchtliche Menge hatte sich vor dem Rundfunk-Gebäude versammelt und verlangte das Recht, ihre Forderungen übertragen zu dürfen. An dieser Stelle fielen die ersten Schüsse der ungarischen Revolution. Angesichts der Menschenmassen von Panik erfaßt, schoß die Geheimpolizei auf unbewaffnete Männer, Frauen und Jugendliche.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Menge unbewaffnet gewesen - aber nicht mehr lange. Arbeiter aus den Industriebezirken, insbesondere Arbeiter aus Waffenfabriken, gingen an ihre Arbeitsplätze zurück und im Nu tauch-

ten ganze Lastwagenladungen voll Waffen auf. Die Stimmung unter den Aufständischen war so überwältigend, daß Soldaten und sogar einige Polizisten ihre Waffen den Menschen übergaben und sich in vielen Fällen der Bewegung anschlossen.

In der Zwischenzeit verschwanden die „harten“ stalinistischen Führer wie Hegedüs und Gerö mitsamt ihren Gefolgsleuten blitzschnell von der Bildfläche. Genau wie in Polen, aber mit weniger Geschick und erheblicher Verzögerung, versuchte die Bürokratie die Massen durch personelle Veränderungen an der Spitze und einige Reformversprechen zu beruhigen.

Erste Schüsse der Revolution

Imre Nagy, ein „liberaler“ Stalinist, der in den Augen der meisten Leute selbst unter dem Stalinismus gelitten hatte und für sie einen Fortschritt verkörperte, wurde erneut zum Premierminister berufen. Und auch Janos Kadar, ebenfalls ein Opfer des Rakosi-Regimes, wurde Regierungsmitglied. Diese Maßnahmen fanden die Zustimmung der Massen, sie schienen jedoch lediglich der Beginn weitreichender Veränderungen zu sein, nach denen Zehntausende auf den Straßen verlangten.

Was allerdings am meisten zur Aufheizung der Stimmung in den ersten Tagen der Revolution beitrug, war die Verlegung russischer Truppen nach Budapest, die zur Abkühlung der gesamten Situation herbeigerufen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bürokratie noch keineswegs die Absicht, Blut zu vergießen. Sie hoffte, eine Demonstration der Stärke würde bereits genügen.

Die Bürokratie unterschätzte die aufgebrachte Stimmung unter den Arbeitern und insbesondere den Jugendlichen. Die Jugend Budapests, besonders die jungen Arbeiter, erhob sich und stellte sich den russischen Panzern

entgegen, in einigen Fällen mit wenig mehr als ihren bloßen Händen bewaffnet. Selbstgebastelte „Molotow-Cocktails“ wurden als Ergänzung zu den knappen Vorräten an Waffen und Munition eingesetzt.

Teilweise kam es zu Verbrüderungen zwischen den „Freiheitskämpfern“, wie sie inzwischen genannt wurden, und sowjetischen Truppenteilen. Instinktiv kamen die gemeinsamen Klasseninteressen und natürlichen Verbindungen zwischen ungarischen Arbeitern und russischen Soldaten zum Vorschein.

Ein junger Kämpfer erinnert sich: „Mir wurde plötzlich klar, daß ich auf verstörte ukrainische Bauernjungen schoß, die genausoviele Gründe hatten, das zu hassen, wogegen wir kämpften.“

Es waren dieser entschlossene Kampf sowie die Gefahr massenhafter Fahnenflucht russischer Einheiten auf die Seite der Revolution, die das sowjetische Oberkommando veranlaßten, seine Truppen am 28. Oktober aus Budapest abzuziehen.

Dieser Rückzug mag den Anschein eines entscheidenden Sieges der Volksbewegung erweckt haben; er sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Es handelte sich auch eher um eine Neuformierung der militärischen Kräfte als um einen tatsächlichen Rückzug. Für den entscheidenden Schlußangriff auf die revolutionäre Bewegung zog die sowjetische Bürokratie Truppenteile aus rückständigen Gegenden in Zentralasien heran. Diese hatte man mit haarsträubenden Geschichten über einen faschistischen Aufstand in Berlin, den sie bekämpfen sollten, „gespeist“. Anderen Soldaten machte man weis, sie befänden sich am Suez-Kanal (nicht an der Donau) und bekämpften die Armeen des britischen Imperialismus.

Warum aber bereiteten sich die Bürokraten in Moskau mit einer derartigen Entschlossenheit darauf vor, die ungarische Revolution zu zerschlagen,



Aufständische stürzen das Stalin-Denkmal in Budapest, die verhaßte Symbolfigur des Regimes. Stalins Tod 1953, die Widersprüche und Unsicherheit der Bürokratie im Anschluß daran und schließlich die Enthüllung der Verbrechen Stalins auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 durch Chruschtschow waren wichtige Faktoren für den Ausbruch der politischen Unruhen in Osteuropa.



de. Solche Szenen spielten sich

Fabrik. Er wird genauso wie die anderen leitenden Angestellten vom Arbeiterrat gewählt. Die Wahl findet im Anschluß an eine öffentliche Vollversammlung statt, die vom Vollzugsrat einberufen wird.

5. Der Direktor ist dem Arbeiterrat in allen Angelegenheiten, die die Fabrik betreffen, verantwortlich.

6. Der Arbeiterrat behält sich sämtliche Rechte vor

- alle das Unternehmen betreffende Projekte zu genehmigen,
- die allgemeine Lohnstruktur zu bestimmen und die Methoden der Festlegung bestimmter Lohngruppen vorzugeben,
- über alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit Auslandsverträgen zu entscheiden,
- über alle Fragen der Kreditaufnahme zu entscheiden.

7. Ebenso entscheidet der Arbeiterrat selbst über alle auftretenden Konflikte in Zusammenhang mit der Einstellung oder Entlassung von Arbeitern im Unternehmen.

Basis für eine neue Gesellschaft

In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entstanden jetzt revolutionäre Räte. Die meisten ihrer Mitglieder kamen in der Regel von den nächstgelegenen Fabrikräten, aber auch andere Bevölkerungsschichten wirkten mit. Diese unterschiedlichen Räte waren zusammen mit den Fabrikräten die einzigen Machtorgane, die die Unterstützung der Massen hatten.

In der Zwischenzeit gab es ständige Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung - verzweifelte Versuche seitens der neuen, liberalisierten Bürokratie, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Diese Manöver wurden jedoch schnell von tiefgreifenden Ereignissen überlagert.

Die Existenz der Arbeiterräte und die Bedrohung, die diese für die Macht der Bürokratie bedeuteten, machten es notwendig, die Revolution im Blut zu ertränken.

Nach dem vorübergehenden Abflauen der Kämpfe in den Tagen zwischen dem 28. Oktober und dem 4. November hatten die Fabrikräte sowie die anderen revolutionären Räte die Grundlagen für eine neue Gesellschaft gelegt - eine Gesellschaft, die aber eigentlich eine Rückkehr zu den frühen Tagen des sowjetischen Arbeiterstaates darstellte, der 1917 von der Revolution unter der Führung Lenins und Trotzki errichtet worden war.

Lenins Bedingungen für einen gesunden Arbeiterstaat wurden - wenn auch nicht wortwörtlich - von den ungarischen Arbeitern instinktiv in die Praxis umgesetzt:

1. Alle Vertreter der Arbeiter sollen gewählt und jederzeit abwählbar sein. (Dieser Bedingung wurde in sehr eindringlicher Weise Rechnung getragen, als der zentrale Arbeiterrat von Csepel inmitten heftigster Kämpfe seine eigene Führung auswechselte, weil sie entgegen dem überwältigenden Wunsch der Arbeiter eine Rückkehr zur Arbeit durchsetzen wollte.)
2. Kein Funktionär soll mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.
3. Kein stehendes Heer, sondern ein bewaffnetes Volk.
4. Rotierende Besetzung von Ämtern: wenn jeder ein Bürokrat ist, ist niemand ein Bürokrat.

Diesen vier Bedingungen Lenins haben die ungarischen Arbeiter eine fünfte hinzugefügt:

- Für eine Pluralität politischer Parteien. Nie wieder ein totalitärer Einparteiensstaat.

Denn wenn die Errungenschaften einer verstaatlichten und zentral geplanten Wirtschaft in Verbindung mit echter Arbeiterdemokratie voll greifen, dann kann auch von eindeutig pro-kapitalistischen Parteien keine Gefahr mehr ausgehen.

Keine Forderungen nach Rückkehr zum Kapitalismus

Im Oktober 1956 wurde dies in der Praxis bewiesen. All die alten Parteien aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden neu gegründet. Überall wurden erhitzte politische Debatten geführt, Zeitungen verschiedener Ausrichtungen gedruckt. Aber in den Erklärungen aller Organisationen der Intellektuellen, der Studenten und der

Arbeiter wurden nirgendwo die Forderung nach einer Rückkehr zum Kapitalismus vorgebracht. Vorwürfe gegen „konterrevolutionäre Elemente“, die angeblich die Arbeiterräte unterwanderten, waren böswillige Verunglimpfungen und Hirngespinnste, die die stalinistische Propaganda-Maschinerie bewußt fabrizierte.

Tatsächlich bildeten die Forderungen des neu gegründeten Nationalrates Freier Gewerkschaften vom 26. Oktober die Grundlage für die Forderungen der Arbeiterorganisationen:

1. Bildung von Arbeiterräten in allen Fabriken, um Arbeiter selbstverwaltung sowie eine radikale Veränderung des Systems zentraler Planung und der Leitung der Wirtschaft durch den Staat durchzusetzen.
 2. Neufestlegung der Löhne: sofortige 15%ige Anhebung der Monatslöhne unter 800 Forint, 10%ige Anhebung der Löhne unter 1500 Forint. Begrenzung der Monatslöhne auf maximal 3500 Forint.
 3. Abschaffung der Produktionsnormen - außer in Fabriken, in denen die Arbeiterräte das Festhalten an den Normen selbst beschließen.
 4. Abschaffung der 4%igen Sondersteuer, die Unverheiratete und kinderlose Ehepaare zu zahlen haben.
 5. Anhebung der niedrigsten Renten.
 6. Anhebung des Kindergeldes.
 7. Beschleunigte staatliche Wohnungsbauprogramme.
- Hört sich das wie ein Forderungskatalog reaktionärer Kapitalisten und Großgrundbesitzer an?

Zweite russische Invasion

Nachdem sie den ersten Angriff der russischen Panzer zurückgeschlagen hatten, trafen die Arbeiter Vorbereitungen für die Wahl eines Zentralen Arbeiterrates. Die Wiederaufnahme der Arbeit war für Montag, den 5. November vorgesehen. Diese Pläne wurden jedoch durch die zweite Intervention sowjetischer Truppen am 4. November brutal zunichte gemacht.

Überall im Land und besonders in Budapest wurde erbittert gekämpft. Die Arbeiterbezirke leisteten den härtesten Widerstand; das „rote“ Csepel fiel zuletzt. Es ist fast ungläublich, daß 6.000 russische Panzer zehn Tage benötigten, um die Revolution niederzuzwalzen.

Drei Tage vor der zweiten Intervention waren Kadar und andere moskauhörige Bürokraten auf mysteriöse Weise verschwunden. Jetzt tauchten sie an der Spitze der sogenannten „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“, wie sie sich schamloser Weise bezeichnete, wieder auf. In Wirklichkeit bestand sie ausschließlich aus Marionetten der russischen Bürokratie.

Die „Kommunistische“ Partei erhielt einen neuen Namen: „Ungarische sozialistische Arbeiterpartei“. Ihre Herrschaft beruhte einzig und allein auf russischen Panzern.

Aber trotz der letztlich vernichtenden militärischen Niederlage und entsetzlicher Verluste - die Arbeiter ließen sich nicht ohne heftigsten Widerstand



Imre Nagy, ein „liberaler“ Stalinist, hatte in den Augen der meisten Ungarn selbst unter dem Stalinismus gelitten; seine Ernennung zum Premierminister gab ihnen Auftrieb. Nach der Niederschlagung der Revolution wurde er im Sommer 1958 ermordet.

zu Boden schlagen. Unmittelbar nach dem 4. November wurde ein zweiter Generalstreik ausgerufen - und diesmal noch solidarischer befolgt als beim ersten Mal.

Die Arbeiterräte funktionierten weiter. Sie blieben weiterhin die einzige Organisation, die die Unterstützung der Arbeiter hatten. Und noch unter den Bedingungen ständig wachsender Einschüchterung und Verfolgung durch die Geheimpolizei errichteten sie Arbeiterbezirksräte, den zentralen Fabrikrat und sogar einen Nationalen Gesamtarbeiterrat mit Vertretern aus allen Bereichen des Landes.

Lediglich barbarische Unterdrückung, Einschüchterung und brutale Verfolgung waren schließlich in der Lage, die Macht der Arbeiterräte allmählich zu demontieren. Am 8. Januar 1957 gab der Arbeiterrat von Csepel mit den Worten auf: „Unter den gegenwärtig vorherrschenden Umständen sind wir nicht mehr in der Lage, unsere Verpflichtungen zu erfüllen... und deshalb geben wir unser Mandat in die Hände der Arbeiter zurück.“

Hunderte von Arbeitern gefoltert und ermordet

Sporadische Demonstrationen, Unruhen und sogar Streiks setzten sich noch weit bis in die Jahre 1957 und 1958 hinein fort. Imre Nagy und andere prominente Figuren der Revolution wurden im Sommer 1958 hingerichtet. Sie folgten hunderten von Arbeitern, die von Kadars Handlangern gefoltert und ermordet worden waren.

Lenin hatte im Oktober 1917 gesagt: „Wir mögen vielleicht nicht in der Lage sein, lange auszuhalten, aber laßt uns in der kurzen Zeit unserer Macht Dinge tun, an die die Arbeiterklasse

der Welt sich immer erinnern wird.“

Zweifellos taten die ungarischen Arbeiter genau dies. Der erste Versuch der politischen Revolution war zwar letztlich erfolglos, aber er wird den Arbeitern in Osteuropa und anderswo in der Welt, wo sie gegen stalinistische Unterdrückung kämpfen müssen, als Beispiel und Leuchtturm dienen.

Nichts ist auf Dauer stabil und sicher in einer stalinistischen Diktatur (siehe auch Polen 1980/81) Es gibt für die Arbeiter keinen anderen Weg als aufzustehen, die politische Macht der Bürokratie zu brechen und die Tür für den Aufbau einer Arbeiterdemokratie aufzustoßen.

Auch die Drohung mit einer russischen Intervention darf die Arbeiter nicht abschrecken, diese Richtung einzuschlagen. Ein mutiger, internationalistischer Aufruf an die russischen Truppen kann das erreichen, wovon die Bürokratie panische Angst hat: die Vereinigung des Proletariats in der Sowjetunion und Osteuropa gegen seine jeweiligen Bürokratien. Wenn die Moskauer Bürokraten ihren Truppen schon bei der Niederwerfung der politischen Revolution in einem osteuropäischen Staat nicht vertrauen können (siehe das Beispiel Ungarns!), wer oder was sollte sie dann im Falle einer politischen Revolution im eigenen Land retten?

Die Welt wird erschüttert werden, wenn sich die mächtige russische Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker erhebt. Dieses unvermeidliche Ereignis wird dem Stalinismus im Osten, ebenso wie dem Kapitalismus im Westen ein für alle Mal den Todesstoß versetzen.

Von Magda Szabo und Ewa Piatkowska

übersetzt aus der britischen marxistischen Wochenzeitung „Militant“, Ausgabe Nr. 574, von Joachim Heuck

kratie

rend die Herrschaft der polnischen
okratie ohne eine Invasion hatte
t werden können?

Arbeiterräte

ie Antwort liegt in der Entwick-
; der Arbeiterräte in Ungarn. Diese
ane, die schon am allerersten Tag
revolutionären Bewegung spontan
tanden , waren von ihrer Zielsetz-
g und Struktur her vergleichbar mit
Arbeiterräten (Sowjets) in Ruß-
l 1917 - von der Arbeiterklasse
st aufgebaut als Instrumente ihrer
cht.

ie ungarischen Arbeiterräte stell-
im Gegensatz zu den polnischen
eine ernsthafte Bedrohung für
Herrschaft der Bürokratie dar. Die
arische Arbeiterklasse macht so
h ihre heldenhaften Kämpfe das
gramm Trotzki's zu einer Realität -
Programm der politischen Revolu-
zum Sturz der Bürokratie und zur
chtung eines demokratischen Ar-
erstaates auf der Grundlage der
Wirtschaft.

m 31. Oktober, eine Woche nach
stehung der Räte, verfaßten die
reter von etwa 25 der größten Bu-
ester Fabriken eine Erklärung, in
sie die grundlegenden Rechte und
chten der Fabrikräte niederlegten:
Die Fabrik gehört den Arbeitern.
se sind verpflichtet, dem Staat eine
gabe zu zahlen, die im Verhältnis
erzielten Produktion steht, sowie
n Anteil am erwirtschafteten Ge-
n.

Das oberste Kontrollorgan der
rik ist der demokratisch von den
eiterräten gewählte Arbeiterrat.
Der Arbeiterrat wählt wiederum
seinen eigenen Reihen einen aus 3
9 Mitgliedern bestehenden Voll-
rat, der die Aufgabe hat, als aus-
redendes Organ die Entscheidungen
Rates umzusetzen und die vom Rat
ellten Aufgaben zu erfüllen.
Der Direktor ist Angestellter der



Leo Trotzki, Verratene Revolution
300 Seiten, 10,- DM
zu beziehen über Redaktion VORAN

Eine Analyse von Leo Trotzki im Buch „Verratene Revolution“ kann uns heute noch Aufschluß über einen „bürokratisierten Arbeiterstaat“ geben, in dem soziale Ungleichheit und Unterdrückung herrschen.

1917 — noch während der Erste Weltkrieg tobte — gelang im noch halbfeudalen Rußland eine siegreiche proletarische Revolution, die sich trotz des Einmarsches von 21 feindlichen Armeen und des dadurch ausgelösten dreijährigen erbitterten Bürgerkriegs behaupten konnte.

Die Sowjetunion, die 1/6 der Erdoberfläche umfaßt und in der damals 170 Millionen Menschen lebten, stand vor einer gewaltigen Aufbauarbeit, um die Ernährung der Bevölkerung nach den enormen Kriegszerstörungen zu sichern. Rußlands Erbe der Vergangenheit waren eine rückständige Landwirtschaft und eine niedrige Arbeitskultur; viele Industriezweige mußten erst entwickelt wer-

den.

Aufgrund der Konzentration der Produktionsmittel in der Hand des Staates konnten durch plammäßige Leitung in weniger als zwei Jahrzehnten neue Unternehmungen errichtet werden, wirksamere Wirtschafts-methoden angewendet, neue Produktionszweige und ganze Industrien geschaffen werden.

1936 zieht Trotzki in seinem Buch „Verratene Revolution“ Bilanz. Neben den von ihm beschriebenen Fortschritten erschütterten soziale Gegensätze das Land. Die proletarische Revolution hatte auf der Weiterführung der Revolution in den fortgeschrittenen Industrieländern aufgebaut. Doch diese blieb wegen der Rolle der reformistischen Führer im Westen und später auch Stalins Einfluß aus.

Stalin verkündete 1924 die Idee vom „Sozialismus in einem Land“. Unter seiner Führung wurden die Einschränkungen in der ursprünglichen Räte-demokratie, zu denen unter dem Druck des Bürgerkrieges gegriffen werden mußte und die noch unter Lenin als vorübergehende Maßnahmen betrachtet wurden, verfestigt und ausgedehnt.

Der Gegenpol zu Stalins Politik, die Linke Opposition unter der Führung Trotzki's, wurde 1927 aus der KPdSU ausgeschlossen und

später blutig verfolgt. In der Sowjetunion herrschte Angst. Alte Bolschewiki wurden umgebracht und zu Tausenden in Lager verbannt.

Der Charakter Stalins entsprach am besten den Erfordernissen der neuen herrschenden Schicht.

Wie entstand die Bürokratie? Der politische Kampf ist ein Kampf von handfesten Interessen und gesellschaftlichen Kräften, nicht von Argumenten und Persönlichkeiten. In der Bürokratie kommt eine soziale Notwendigkeit der damaligen Sowjetunion zum Ausdruck. Grundlage des bürokratischen Kommandos ist nach der Analyse Trotzki's die Armut und Rückständigkeit: „Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Bürokratie.“

Trotzki's „Verratene Revolution“ bleibt auch nach 50 Jahren ein zentrales Werk, das uns hilft, Krisen und Perspektiven der heutigen Ostblockstaaten zu verstehen. Es darf im Bücherregal keines Sozialisten fehlen.

Karin Dollmeyer-Djafari, Nürnberg

Skandinavien im Umbruch

Arbeiter beginnen zu kämpfen

Mit einer fast beispiellosen Flut von Aktionen hat die skandinavische Arbeiterbewegung in den letzten Monaten von sich Reden gemacht. Nach Jahrzehnten relativer Ruhe wurden die Illusionen in die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ des „Kühlen Nordens“ innerhalb weniger „heißer“ Frühjahrswochen in Frage gestellt.

Die weltweite Krise des Kapitalismus, unbeherrschbar und unberechenbar, untergräbt die skandinavische Stabilität und erschüttert die nordische Gesellschaft in ihren Grundfesten. Nur eins ist im Kapitalismus nunmehr sicher - die Unsicherheit.



Massenstreiks in Dänemark im März 1985: die Polizei geht gegen Streikende in Kopenhagen vor.

Ähnlich wie in der BRD waren auch in Skandinavien in letzter Zeit die Unternehmerrgewinne dank der erhöhten Ausfuhren vor allem in die USA stark angestiegen. Dies betrachten die Arbeiter gerade als Ermutigung dafür, das zurückzuholen, was sie in den vergangenen Jahren an Lebensstandard einbüßten.

Daß die Auswirkungen der kapitalistischen Krise die Arbeiter in Skandinavien so unvorbereitet treffen, liegt mit an dem ungeheuren Aufschwung der 50er und 60er Jahre, in dem fast alle Arbeiterführer ihr „marxistisches ABC“ auf dem Altar der „sozialen Marktwirtschaft“ dem „Realismus“ und „Pragmatismus“ opferten. Geblendet durch die nur teilweise und vorübergehende Überwindung grundlegender Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung (Privateigentum an Produktionsmitteln, Nationalstaatlichkeit), legten sie die dringende Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung zu den Akten. „Bei uns“, lehrte man, sei der Klassenkampf tot und der Marxismus veraltet.

Wie schnell die nordischen Arbeiter ihr sozialpartnerschaftliches Image über Bord werfen und Klassenstandpunkte einnehmen können, verdeutlichen die berühmten „Märzereignisse“ 1985 in Dänemark. Als sich die rechte Schlüter-Regierung in die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einmischte, kam es damals innerhalb von wenigen Tagen zu Massenstreiks mit generalstreikähnlichen Ausmaßen (vgl. VORAN Nr. 76).

Ein Kennzeichen der neuen Prozesse in Skandinavien ist die Gleichzeitigkeit der wirtschaftlichen und politischen Krisenentwicklungen. Durch wichtige Rohstoffe (wie z.B. Holz), billige landwirtschaftliche Produkte und kostengünstige Energiequellen haben die nordischen Länder den weltweiten Aufschwung

und die Ausdehnung des Welthandels bisher auskosten können. Die Exportabhängigkeit Skandinaviens ist noch viel höher als die der BRD.

Die schwedische Wirtschaft ist in der Ausfuhr von Fertigwaren sogar zu 50% exportabhängig. Noch 1983 wuchs das Exportvolumen um 12%, 1984 nur noch um 8% und im letzten Jahr um magere 3%. Es gab Zeiten, da hatten schwedische Werften 10% Anteil am weltweiten Schiffbau. Im Februar diesen Jahres beschloß die Regierung, die letzte staatliche Werft dichtzumachen.

Schweden

Außerdem steht Schweden heute weltweit nur noch an 3. Stelle in der Holzverarbeitenden Industrie. Auch hier hat es unvorstellbare Rationalisierungen gegeben: vor 25 Jahren gab es noch 127 Zellstoffabriken mit einer Gesamtkapazität von 5,6 Mio. Tonnen; heute gibt es nur noch 56 solcher Fabriken, wobei die Kapazität jetzt über 10 Mio. Tonnen erreicht. In der Papierindustrie geht ein ähnlicher Prozeß vor sich.

Auch die schwedischen Kollegen zeigen aber, daß sie den dänischen um nichts nachstehen. Die Durchsetzung ihrer Interessen wird zwar bisher durch Verzögerungen, Vertagung und Vermittlung seitens der Gewerkschaftsführer gebremst, doch damit werden keine Probleme gelöst. In Schweden fällt auf, daß rasch viele Bereiche und Schichten der Arbeiterbewegung, z.B. Metzger, Lehrer, Krankenhauspersonal, in die Konflikte einbezogen werden. Durch die zum Teil kaltblütigen Massenaussperrungen der SAF (Arbeitgeberverband) wurden sie zum gemeinsamen Kampf gezwungen.

Der große Schock über die Ermordung Olof Palmes am 1. März offenbarte die ungeheure Sympathie für die Sozialdemokraten unter der

arbeitenden Bevölkerung. Der Tod Palmes führte zu einer vorübergehenden Lähmung der Aktivitäten der Arbeiterbewegung, was von den Unternehmern auf zynische Art und Weise sofort ausgenutzt wurde.

Wie Schweden und Norwegen ist Finnland ebenfalls stark von der Holz- und Papierverarbeitungsindustrie abhängig. Der Fall des Dollars wird diese Länder besonders hart treffen. Die Preise für Holz aus Kanada und den USA sinken ebenfalls.

Die finnischen Werften werden nach bürgerlichen Schätzungen bis 1990 nur noch knapp unter 10.000 Menschen beschäftigen, während sie 1982 noch das Doppelte an Arbeitskräften brauchten. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften sich für die 35-Stunden-Woche eingesetzt haben. In einer wellenartigen, abgestuften Streikbewegung waren bis zu 250.000 Arbeiter und Angestellte aus verschiedenen Branchen vom Bauplatz bis zum Büro einbezogen worden. Der Streik des Dienstpersonals im Präsidentenpalast zwang den Staatschef zum Umzug in ein Hotel.

Angeichts der landesweit kämpferischen Stimmung gab der Arbeitgeberverband SIK im März vorerst nach und vereinbarte die 37,5-Stunden-Woche ab 1990, ohne daß sich die Gewerkschaften auf eine Flexibilisierung einließen. Diese Kämpfe, schon jetzt die schwersten seit den 50er Jahren, haben auch in Finnland die Klassengegensätze verdeutlicht und die Radikalisierung innerhalb der Gewerkschaften vorangetrieben.

Norwegen

Kampfkraft und Entschlossenheit der Arbeiter haben auch in Norwegen die überheblichen „Arbeitgeber“ in die Knie gezwungen. In dem härtesten Arbeitskampf seit über 50 Jahren konnten die norwegischen Gewerkschaften fast alle ihre Forderungen durchsetzen. Die Mindestlöhne bleiben bestehen (85% des Durchschnittslohnes eines Industriearbeiters); dabei müssen die Bosse den hierfür eingerichteten Ausgleichsfonds nunmehr gänzlich selbst bestreiten. Die am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmer erhielten bis zu 10% Lohnerhöhung; außerdem gibt es ab 1. Januar 1987 die 37,5-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit. All das wurde innerhalb von wenigen Wochen erreicht, trotz Spaltungsversuchen der Arbeitgeber, die angesichts der Ge-

schlossenheit der Arbeiter selbst bald gespalten wurden.

Die Angriffe der Unternehmer haben zur Radikalisierung der Massen beigetragen und ihre Empörung erst recht entfacht. Ausgangspunkt dieser Streikbewegung war der Kampf des Küchenpersonals auf einer Bohrsinsel - und diese Fachgewerkschaft hatte nur 670 Mitglieder! Die rasche Ausweitung der Streiks war entscheidend für das „Nein“ der Arbeiterpartei zu den Sparmaßnahmen der bürgerlichen Regierung, die daraufhin zurücktrat. Die Arbeiterpartei hatte den letzten Wahlkampf noch mit einem Reformprogramm für Arme, Kranke und Alte bestritten. Doch nach der Regierungsübernahme entpuppte sich ihre Politik als klassisches Sparprogramm. Das sozialdemokratische Kabinett der Frau Brundtland mag zwar wegen über 40%iger Frauenquotierung für manche SPD-Genossin attraktiv sein, doch eine solche Sparpolitik führt letztendlich zur Niederlage und Wiederwahl der Konservativen.

Sparpolitik

Mit einer 12%igen Abwertung der Krone, einer Steuererhöhung sowie Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zwingt sie die Gewerkschaften zum erneuten Widerstand. Als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kürzlich in den Streik traten, ist sie nicht auf ihre Forderungen eingegangen, sondern erklärte den Streik für illegal!

Zur allgemeinen Wirtschaftskrise kommt in Norwegen der Ölpreisverfall hinzu. Das Einkommen aus Öl - noch 1985 auf 45 Mrd. Kronen beziffert - wird 1986 nach Schätzungen nur noch 15 Mrd. Kronen betragen. Als kleines Ölförderland mit nur 4 Millionen Einwohnern konnte Norwegen in Zeiten des Ölbooms noch viele Sozialleistungen aufrechterhalten. Doch dies konnte nur vorübergehend den Niedergang des heimischen Kapitalismus verdecken. Die Industrieproduktion stagniert schon seit Jahren. Die Brundtland-Regierung wird die kapitalistische Krise mit kapitalistischen Mitteln nicht lösen können. Dieses Wirtschaftssystem ist unvereinbar mit dem Wohl der arbeitenden Bevölkerung. Niemals und nirgendwo haben solche Maßnahmen zu einer dauerhaften Belebung der Wirtschaft geführt.

Wie schon in der „3. Welt“, in England und Südeuropa, so beginnt jetzt auch der nordische Kapitalis-



Internationale Notizen

Argentinien

Der argentinische Gewerkschaftsdachverband hatte für den 9. Oktober zu einem landesweiten Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung aufgerufen. Dies war der siebente Generalstreik während der erst 34monatigen Amtszeit des Präsidenten Raoul Alfonsín.

Ungarn

Nach Meldungen von Radio Budapest legten im September 700 Bergarbeiter in zwei Zechen (Tatabanya und Borsod) aus Protest gegen eine drohende Schließung die Arbeit nieder. Nach Art westlicher Kapitalisten hat die ungarische Regierung die Schließung von 14 Zechen beschlossen.

USA

In den Häfen entlang der Ostküste streikten im Oktober 30.000 Schauerleute. Der Verband der Hafenbehörden hatte versucht, die Verlängerung der Lohntarifverträge mit einer teilweisen Lohnsenkung zu koppeln.

mus sein wahres, häßliches Gesicht zu zeigen. Die gutorganisierte Arbeiterbewegung des nördlichsten Teils Europas ist aber ebenfalls auf dem Vormarsch. Und es gibt kein Zurück. Denn gerade nach langen Jahrzehnten des Aufschwungs haben die Arbeiter viel zu verlieren, also auch viel zu verteidigen. Die Entwicklungen in Nordeuropa (wie übrigens auch in Österreich) zeigen, daß es inzwischen so gut wie keine kapitalistische „Insel der Glückseligen“ in Europa mehr gibt.

In dem Auf und Ab der vor uns liegenden schweren Klassenauseinandersetzungen werden sich die Marxisten in der Arbeiterbewegung bewähren müssen. Ihnen fällt die Aufgabe zu, die Mehrheit der Arbeiterklasse für das Programm des Sozialismus zu gewinnen und den vielen, einzelnen Kämpfen eine einheitliche Zielrichtung zu geben. Das Ziel kann nur heißen: die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

Greg Powell, Lübeck
SPD-Mitglied

Österreich im Umbruch

Die Ansetzung von Neuwahlen am 23. November macht schlagartig deutlich, daß die politische und wirtschaftliche Stabilität jetzt auch in diesem 7,5 Millionen Einwohner großen Nachbarland vorüber ist. Im Sommer konnte der Ex-Nazi Kurt Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen mit über 53% der Stimmen als Kandidat der „schwarzen“ ÖVP den Kandidaten der SPÖ, Steyrer, klar schlagen. Seit 1945 hatte sich stets der Kandidat der SPÖ durchsetzen können!

Als Reaktion auf diesen Einschnitt gab der SPÖ-Vorsitzende Sinowatz sein Amt als Bundeskanzler der SPÖ/FPÖ-Regierung auf. Sein Nachfolger Vranitzky sollte mit dem Image eines gutaussehenden Machers das Kunststück vollbringen, in der staatlichen Stahlindustrie massiven Kahlschlag zu betreiben und doch noch die im April fälligen Wahlen zu gewinnen.

Nach dem Rechtsruck beim FPÖ-Parteitag erklärte die SPÖ-Führung die Koalition für gescheitert und leitete die Auflösung des Nationalrats

ein. Doch die schweren Verluste der SPÖ bei der Landtagswahl in der Steiermark eine Woche später (bei gleichzeitigen ÖVP-Gewinnen) sind ein Warnschuß an die SPÖ-Führung.

Noch vor wenigen Jahren galt Österreich als die „Insel der Glückseligen“, der internationale Wirtschaftskrise und politische Umwälzung nichts anhaben könnten. 22% der Industrie sind als Ergebnis der Politik unmittelbar nach 1945 verstaatlicht, und das größte diese 31 Unternehmen, die Vöest-Alpine (Stahlkonzern), hat eine Exportquote von 70%. Allein im ersten Quartal gingen die Exporte im Maschinenbau- und Stahlbereich um 12,8% zurück. Auf kapitalistischer Basis ist jetzt die Konsequenz, daß Betriebs-schließungen und Massenentlassungen in der Steiermark und in Linz geplant sind. Rund 10.000 Beschäftigte sind davon betroffen. Damit wird die Arbeitslosigkeit, die bisher kaum über 5% lag, auch in Österreich bald auf „normale“ europäische Werte ansteigen.

Die drohende Wahlniederlage der SPÖ ist - ähnlich wie die „Wende“ 1982/83 in der BRD - kein allgemeiner Rechtsruck, sondern eine Quittung der Arbeiter für reformistische Politik, die zuerst keine Reformen mehr bringt und dann in der kapitalistischen Krise wieder abbaut.

Wenn die nächste ÖVP-geführte Bundesregierung - egal ob mit oder ohne Beteiligung der SPÖ - den Kahlschlag in der Industrie und beim Sozialstaat vornimmt, dann wird dies, nach vorübergehendem Schock der Arbeiter, zu größeren gewerkschaftlichen und politischen Offensiven der Arbeiterbewegung führen. Der rechte Parteiflügel um Vranitzky wird stark an Einfluß verlieren (ähnlich wie Schmidt, Apel und Koschnik in der SPD). Ein Organisationsgrad von rund 70% im ÖGB (gegenüber knapp 35% im DGB) macht die Organisation von gewerkschaftlicher Gegenwehr viel einfacher als in der BRD.

Hans-Gerd Öfinger, Essen
Jungsozialist

**Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Für Arbeitslose
keine Lösung**

Wer kann es Arbeitslosen übernehmen, wenn sie nach Inanspruchnahme von mehreren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) resignieren. Gerade aus der Ausbildung kommende junge Menschen verlieren ihr Selbstvertrauen und gehen seelisch zugrunde. Was diese Art von Beschäftigung für den Betroffenen bedeutet, ist nur vorstellbar, wenn dieses Schicksal am eigenen Leib oder in der Familie mitgemacht wurde.

Diese Einzelschicksale dürfen unserer Meinung nach nur dazu führen: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Dauerzustand im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit müssen von der gesamten Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung strikt abgelehnt und statt dessen feste Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber die Wirklichkeit sieht so aus: Die SPD-Landesregierung unter Johannes Rau fördert die ABM jährlich mit hunderten von Millionen DM (1985: 680 Millionen DM)! Diese Steuergelder wären in der Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen sinnvoller eingesetzt. Die von der SPD geförderten Maßnahmen bedeuten nicht nur Perspektivlosigkeit für Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte, sie bedeuten auch, daß unsere „Volkspartei“ SPD dem kapitalistischen System (in dem nur wenige vom Profittuchen etwas abbekommen) billige Arbeitskräfte bereitstellt. Unsere Sozialdemokratie unterstützt also in vollen Zügen den Kapitalismus!

Nötig wäre dagegen, daß die SPD Zeichen setzt:

Kein Wegfall von Planstellen in SPD-regierten Städten und Ländern, da die große Gefahr besteht, daß diese wegfallenden Planstellen durch ABM ersetzt werden.

Bezeichnenderweise ist bisher oft noch genug Geld für Großprojekte mit Prestigecharakter übrig gewesen, während bei Arbeitsplätzen, Sozialausgaben und Bildung gekürzt wird. Diese großen Projekte, z.B. Theater und Museen, stehen allen Menschen zur Verfügung, so wird immer gesagt. Aber das Ende von Lied ist, daß nur eine privilegierte Schicht mit gutem Einkommen diese Dinge in Anspruch nehmen kann.

Wir müssen dafür kämpfen, daß alle Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen allen kostenlos zur Verfügung stehen. Doch die Kosten hierfür dürfen nicht wieder auf die Allgemeinheit — sprich: arbeitende Bevölkerung — abgewälzt werden.

Deshalb fordern wir die Schaffung von echten Perspektiven für die arbeitende Bevölkerung (über 80% der Bundesbürger sind lohnabhängig), und das heißt: Die Durchsetzung einer wirklichen sozialistischen Politik im Interesse aller Menschen!

Bernd Dising, Essen
SPD-Mitglied

Verkehrspolitik für Spediteure und Industrie Profite zu Lasten von Arbeitern und Umwelt



Der Schienentransport wird vernachlässigt, der Straßenverkehr gefördert - so sieht es der neue Bundesverkehrswegeplan vor.

Anfang 1986 wurde der neue Bundesverkehrswegeplan verabschiedet. Angenommen wird eine stetig wachsende PKW-(plus 25%) und LKW-Flut (plus 50%), bei entsprechendem Rückgang des Schienentransports. Wie 1985, als 179 Kilometer Autobahn neugebaut wurden, soll es die nächsten 15 Jahre weitergehen. Dahinter steckt ein klares Konzept.

Die Industrie will verstärkt teure Lagerhaltung einsparen und wälzt diese Aufgabe auf die Transportunternehmen ab.

Der Bundesarbeitsausschuß der Gewerkschaft ötv beschreibt es so: Mit Hilfe elektronischer Datenetze zwischen Produktion, Handel und Verkehr ist es immer besser möglich, Material dann zu liefern, wenn es gebraucht wird. Arbeitsvorgänge werden ständig kontrollierbar, Fahrer müssen sich an minutengenaue Geschwindigkeitsvorgaben halten, Lagerhaltung wird überflüssig, Büroarbeit macht der Computer.

Die Auswirkungen liegen auf der Hand: Die Zahl der Lagerarbeiter und Bürokräfte wird stark ab-, die Zahl der LKW-Fahrer wird stark zunehmen. Ihre Arbeitsbedingun-

gen werden noch härter: Der Konkurrenzkampf der Spediteure findet auf ihrem Rücken statt. Zur perfekten Überwachung kommt ein knapper Zeitplan, der sich zu oft nur am Ladevermögen des LKW orientiert und das Bußgeld (wegen zu hoher Geschwindigkeit, Überladung, zu wenig Ruhepausen) von vorneherein einkalkuliert.

Die Bundesregierung vernachlässigt im Interesse der Großindustrie die Bundesbahn. In das vorhandene Gleisnetz wurde 1985 real nur die Hälfte von 1980 investiert. So wurden 30 neue Loks genehmigt, während selbst das DB-Sparmanagement 60 verlangte.

Ganz anders sieht es dagegen auf der Straße aus. Neben dem massiven Straßenbau diskutiert man eine höhere Geschwindigkeit für LKW, und es gilt seit Juli 86 ein höheres Gesamtgewicht (40 Tonnen). Die Lenkzeitvorschriften werden ständig verwässert und es gibt zu wenig Kontrollen.

Konzerne wie Daimler-Benz sind zufrieden: Die Lagerhaltung wird gewinnbringend rationalisiert und nebenher liefert Daimler 80% der

Nutzfahrzeuge hierzulande.

Die Folgen solcher Verkehrspolitik sind gesellschaftlich unverantwortlich: Weitere Landschaftszerstörung, als gäbe es heute keinerlei Umweltprobleme, andererseits Verschärfung der Arbeitsbedingungen im Transportwesen und Abbau von Arbeitsplätzen. Das Unfallrisiko steigert sich durch den forcierten LKW-Verkehr auf unseren Straßen beträchtlich.

- Die wichtigsten Aufgaben sind:
- Förderung des Schienentransports
 - Stop des Fernstraßenbaus
 - Ausbau des Schienennetzes
 - klare und bessere Arbeiterschutzgesetze und -kontrollen
 - Haftung der Arbeitgeber - bei von ihnen erzwungenen Gesetzesübertretungen
 - Kontrolle des Verkehrsgewerbes durch Gewerkschaft, Belegschaften und Staat mit dem Ziel eines umwelt- und arbeiterfreundlichen Transportwesens.

Otto Wanner, Stuttgart
ötv-Mitglied

**Streßbewältigung in der Kur
Arbeitskraft-
Erhaltung**

Um seine volle Arbeitskraft wiederzuerlangen, kann ein Arbeitnehmer alle drei Jahre eine Kur beantragen, die bei Bedarf dann auch bewilligt wird. Wohin, das weiß allein die BfA oder LVA.

Mich schickte man in ein Bad im Schwarzwald, weit ab von der Welt, damit man sich ganz auf das Gesundwerden konzentrieren konnte. Um auch das Bewußtsein der Kunden auf den neuen Lebenswandel vorzubereiten, hielt der Oberarzt jede Woche einen Vortrag: „Wie kann ich bewußter meine Arbeitskraft erhalten?“

Bei einem solchen Vortrag sollten wir Streßbewältigung, das heißt Streßabbau, lernen. Und da kam es: Wir waren ungefähr 60 Teilnehmer, geteilt in Männlein und Weiblein, zwischen 45 und 65 Jahren. Als der Arzt nun anfing, gute Ratschläge für den Feierabend zu erteilen — zum Beispiel Waldlauf und Sport — kam der ganze Frust der Arbeitnehmer raus. „Ich habe in zwei Monaten 100 Überstunden gemacht, wenn ich dann nach Hause komme, bin ich so kaputt, daß ich nur noch vor dem Fernseher sitze.“

Ein anderer hatte schon länger kein Wochenende mehr frei gehabt. Er war noch Junggeselle und man meinte, da könnte er auch Sonntags arbeiten. Er war so erledigt, daß er in der Kur 14 Tage brauchte, um überhaupt einschlafen zu können, ohne ständig an seine Arbeit zu denken.

Ein Angestellter der christlichen Gewerkschaft warf ein, daß es doch einen Betriebsrat gäbe, aber da waren sich alle einig, daß von da keine Hilfe zu erwarten sei. Ja, aber die 38,5-Stunden-Woche in der Metallindustrie? Sicher, die gibt es, nur in den 38,5 Stunden muß so viel gearbeitet werden wie sonst in 40 Stunden. Ein Gespräch oder nur ein Scherz unter Kollegen ist nicht mehr möglich.

Ein Mann mußte 100 Kilometer bis zur Arbeitsstelle fahren und unter harten Bedingungen arbeiten. Wenn er abends nach Hause kommt, stören ihn sogar die Kinder, wenn sie nur da sind. Was für ein Familienleben!

„Ja, und warum laßt ihr euch das gefallen?“ fragte der Arzt. Wo bekommt man mit 50 schon noch eine neue Arbeitsstelle her? Das wissen die Arbeitgeber ganz genau. Druck und immer mehr Druck von oben, das ist die Devise. Es gibt genug Arbeitslose, die unter noch schlechteren Bedingungen arbeiten würden. Und da sprechen einige Gewerkschaftsführer vom Arbeitgeber als unserm „Sozialpartner“! Von diesen Männern war er nicht der Partner, sondern der Boß, der sie auspreßt und dann wegwirft wie eine Zitrone.

Rechte? Auf dem Papier schon. Aber wer will sich schon darauf berufen, wenn er sich dann auch in das Heer der Arbeitslosen einreihen kann! Da ist mir bewußt geworden, daß unsere Forderung nach Arbeiterkontrolle in den Betrieben die einzige Möglichkeit darstellt, dem Arbeiter einen menschenwürdigen Arbeitsplatz zu garantieren.

Dorothea Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

NEUE HEIMAT

Gewerkschaften demokratisieren

Mit Entsetzen nahmen Ende September viele Kollegen den Verkauf der Neuen Heimat an den Brotkapitalisten Schiesser zur Kenntnis. Das ist das Ende eines Genossenschaftsbetriebes, der in der Nachkriegszeit mit den Geldern des DGB 260.000 Wohnungen für 1 Million arbeitende Menschen baute.

Damit war ein wichtiger Teil des Wohnungsmarktes unter Kontrolle der Gewerkschaftsbewegung. Doch unglücklicherweise nutzten die Verantwortlichen im DGB diese soziale Errungenschaft weder als Ausgangspunkt für eine beispielhafte Wohnungsbaupolitik noch als Stützpunkt, um die Macht des Kapitals insgesamt zu brechen.

Im Gegenteil. Führende Funktionäre des DGB und der NH bereicherten sich in schamloser Weise. Mit der Enthüllung dieser Praktiken kam es 1982 zum großen Skandal und der damalige NH-Chef Albert Vietor mußte seinen Hut nehmen.

Durch leichtsinnige Spekulationsgeschäfte wurde der ganze Konzern in die roten Zahlen getrieben. DGB- und NH-Spitze glaubten nämlich an einen immerwährenden Aufschwung des Kapitalismus und finanzierten mit teuren Krediten großspurige Grundstückskäufe und Luxusprojekte. Dies und der Einbruch der Krise im Bausektor führte dazu, daß die Neue Heimat mit 17 Milliarden DM Schulden belastet ist. Die bürgerlichen Parteien freuen sich über die unverhoffte Wahlkampfmunition und ziehen demagogisch ihren Nutzen daraus. Bekommt sonst jeder Großkonzern in der Krise bedingungslos Geld nachgeworfen, so geht das bei Gewerkschaften offenbar nicht. Auch führende CDU-Politiker (z.B. Lothar Späth, der lange Zeit im Aufsichtsrat der regionalen NH saß) sind mitverantwortlich. Ihr Geschrei ist reine Heuchelei.

Eins ist klar: Schiesser kann die

Neue Heimat nicht sanieren. Trotz riesiger Geschenke des DGB (1 Milliarde Starthilfe, 600 Millionen Schuldenübernahme für 1986, Finanzierung des Sozialplans für angekündigte Entlassungen, usw.) wird Schiesser eine Kahlschlagsanierung mit steigenden Mieten, Verkäufen und Aufhebung der Sozialbindung durchführen. Oder er macht bankrott und Aasgeier der Spekulationszene erledigen die schmutzige Arbeit.

Von seiten der SPD-Spitze wären auch ein paar klare Worte vonnöten. Es reicht nicht, sich nur über mangelnde Informationspolitik des DGB und die Heuchelei der CDU zu beklagen. Die SPD muß sich von solchen Methoden ganz unzweideutig distanzieren und schonungslos die Konsequenzen daraus ziehen. Partei- und Gewerkschaftsbasis müssen sich einsetzen für:

- * Offenlegung aller Geschäftsbücher und Verträge der NH

- * Keine Kündigung der Beschäftigten
- * Erhalt aller Wohnungen als Sozialwohnungen bei gleichbleibenden Mieten
- * Streichung aller Schulden bei Privatbanken und -firmen
- * Verstaatlichung der NH unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, der Mieter, der Gewerkschaften und des Staates
- * Demokratisierung des DGB und seiner Unternehmen: Wähl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionen, durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle Funktionäre; Rückführung der Vermögen derjenigen, die sich an der NH bereichert haben, an die Gewerkschaft.

Nur mit einem solchen Aktionsprogramm können DGB und SPD den Vertrauensverlust wieder wettmachen.

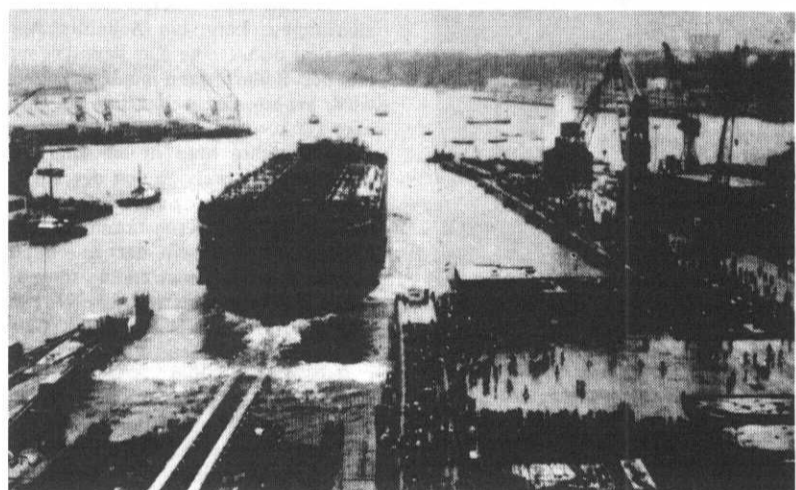
Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

VORAN

Hamburger Bürgerschaftswahlen

SPD „instand-

besetzen“



Die sozialistische Antwort auf die Werftenkrise: Überführung aller Werften in Gemeineigentum und demokratische Arbeiterkontrolle

Hamburg ist gemessen am Steueraufkommen eine der reichsten Städte Europas. Aber wieviel davon sehen die Arbeiter, Jugendlichen, Arbeitslosen?
Die Stadt hat die meisten Millionäre - und auch die meisten Sozialhilfeempfänger in der ganzen Bundesrepublik.
Inzwischen ist Hamburg auch eine der höchstverschuldeten Städte und hat eine Arbeitslosenquote von über 13%.

Die Kohlregierung hat gezeigt, daß die Unternehmer und ihre Parteien weder fähig noch willens sind, die Probleme der Arbeiter zu lösen. Ihre Werftenpolitik macht besonders deutlich, wie rücksichtslos sie gegenüber der arbeitenden Bevölkerung sind. Wenn sie sich auch noch in Hamburg durchsetzen könnten, wäre es eine Katastrophe. Schon das ist Grund genug, am 9. November SPD zu wählen.

Nach allem, was die Hamburger CDU von sich gibt, wäre von ihr eine Handlanger-Politik für die Bonner Regierung zu erwarten. Sie würde gegen Gesamtschulen vorgehen und die Berufsverbotspraxis wieder verschärfen. Sie würde vor allem die von ihr angeprangerte Haushaltsverschuldung Hamburgs durch einschneidende Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich „lösen“.

Aber auch eine SPD-Regierung kann diese Probleme nicht lösen, indem sie mit dem Großkapital zusammengeht.

Seine Standort-Politik (auch „Unternehmen Hamburg“ genannt) ist darauf orientiert, die Profitbedingungen weiter zu verbessern und optimale Standortbedingungen für die Unternehmer in Hamburg zu schaffen. Die Finanzmittel dafür werden zum großen Teil aus dem Sozialbereich bereitgestellt.

So haben wir unter der SPD-Regierung Privatisierungen, Kürzungen und Gebührenerhöhungen erlebt, oft gegen den Widerstand von Eltern, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften. Sozialleistungen wurden gekürzt; Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Kulturzentren waren Opfer der Rotstiftpolitik. Schulen wurden geschlossen, Klassen nach Hause geschickt oder zusammengelegt, wenn Lehrer fehlten. Und das in einer Stadt mit 4.500 arbeitslosen Lehrern. 1985 kam es

zu 2000 Entlassungen im öffentlichen Dienst. In den letzten 10 Jahren sind die Fahrpreise im Nahverkehr um 110% gestiegen, die Kosten für die Stadtheizung um 143%.

Auch in anderen Bereichen führte Dohnanyi seine unternehmerfreundliche Politik durch. Die Einkesselung von über 800 Demonstranten (darunter auch Jusos und SPD'ler) hat in Hamburg zu großer Empörung geführt.

Logik der Krise

Dieser schreckliche Katalog ist das zwangsläufige Ergebnis einer Politik, mit der die SPD-Rechten der Logik des krisenhaften Kapitalismus folgen. Dies hat zu großer Unzufriedenheit unter vielen Wählern, vor allem Jugendlichen, geführt. Es kam auch zu Austritten aus der SPD. Die Hamburger Jusos haben beschlossen, bei der Bürgerschaftswahl keinen Wahlauftritt zugunsten der SPD zu machen. Aber diese Entscheidung ist eindeutig falsch und wird auch von vielen Jusos nicht akzeptiert.

Dahinter steckt die Hoffnung auf die GAL und ein rot-grünes Bündnis. Aber die Grünen sind auch nicht in der Lage, Umweltfragen und Arbeitsplatzbeschaffung unter einen Hut zu bringen. Dies hat der Fall Boehring in Hamburg deutlich gezeigt. Für die GAL stand lediglich die Schließung der Firma im Vordergrund; was mit den Arbeitern geschehen sollte, dazu hatten sie nichts zu sagen. So was ermöglicht Unternehmern, rechten Gewerkschaftern und SPD'lern, Arbeitsplatz- gegen Umweltinteressen auszuspielen. Nur eine sozialistische Politik (Enteignung, Überführung in Gemeineigentum unter demokratische Arbeiterkontrolle, Schaffung

von Arbeitsplätzen durch Wirtschaftsplanung) hilft in solcher Lage weiter.

Sicher: Die Hamburger SPD ist weit entfernt von einer solchen sozialistischen Politik. Doch auf die GAL zu setzen ist ein Ausweichen vor dem notwendigen Kampf in der SPD für ein sozialistisches Programm. Denn die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Gewerkschaftsaktivisten setzen ihre Hoffnungen nicht auf die GAL, sondern auf eine SPD, die ihre Interessen konsequent wahrnimmt. Dafür sind auch viele bereit, sich einzusetzen. Denn sie wissen: Nur die arbeitende Bevölkerung und ihre Partei, die SPD, kann eine Alternative zu CDU und FDP darstellen. Nur die SPD zusammen mit den Gewerkschaften kann diese Gesellschaft umwälzen.

Sozialistische Politik statt Sozialabbau

Es gibt viele Kandidaten und Mitglieder, die Schluß machen wollen mit Dohnanyis bisheriger Politik. Die Eimsbütteler SPD hat z.B. ein alternatives Wirtschaftskonzept vorgelegt, verschiedene SPD-Kreisverbände haben den „Hamburger Kessel“ schärfstens kritisiert.

Dohnanyi macht allein die Bonner Politik für Hamburgs Probleme verantwortlich. Natürlich kann die Krise des Kapitalismus nicht auf Hamburger Ebene gelöst werden, kann es keinen „Sozialismus in einer Stadt“ geben. Doch könnte ein SPD-regiertes Hamburg sehr wohl ein Stützpunkt für eine sozialistische Offensive gegen CDU und Unternehmer sein. Deshalb:

- * Überstundenverbot und Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst bei vollem Lohnausgleich
- * Einstellung von mehr Personal in Schulen, Krankenhäusern, im Bereich Nahverkehr und Soziales; verstärkte Förderung von Krippen und Kindertagesstätten
- * Ein umfassendes Beschäftigungsprogramm unter demokratischer Kontrolle von Arbeitern, DGB und Bürgerschaft
- * Verstaatlichung der gesamten Werftindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle; Verwirklichung alternativer Produktionspläne, wie u.a. von Blohm & Voss vorgeschlagen.

SPD wählen allein genügt nicht, man muß auch innerhalb der SPD dafür kämpfen, daß es in der nächsten Amtsperiode anders läuft.

Sue Powell, Hamburg-Altona
SPD-Mitglied



Die Arbeiter aller Länder haben den selben Feind: den internationalen Kapitalismus

Arbeitereinheit gegen Multis

Schluß mit Wirtschaftskrisen und Flüchtlingselend

Flüchtlinge aus Ostblockländern, aus Afghanistan und Vietnam waren für CDU und CSU bis jetzt immer Leute, denen man aus politischen Gründen Asyl gewähren muß. Menschen, die aus sonstigen Ländern der „3.Welt“ fliehen mußten, weil dort Krieg, Bürgerkrieg oder Hungersnot ihr Leben bedrohen, sind „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“.

Nicht nur eingeschworene Reaktionen wie Strauß, sondern auch „liberal“ und „humanistisch“ eingestellte Politiker und Journalisten beteiligen sich an der widerwärtigen Heuchelei um die Frage, wer denn nun asylberechtigt sei.

In Wirklichkeit sieht die „Asylantenflut“ so aus, daß 1985 73.832 Asylbewerber, und im ersten Halbjahr 1986 42.268 Menschen gekommen sind. Man vergleiche diese Zahl nur einmal mit den 5,7 Millionen Flüchtlingen aus dem Osten, die zwischen 1945 und 1961 in die BRD eingewandert sind. Sie konnten während der „Wirtschaftswunder“-Jahre fast alle in den westdeutschen Produktionsapparat aufgesogen werden und waren den Kapitalisten als billige und gefügige Arbeitskräfte willkommen. Jetzt sind schon 100.000 Asylanten zuviel, weil die kapitalistische Marktwirtschaft unfähig ist, den ohnehin schon arbeitslosen Kollegen eine sichere Zukunft zu garantieren.

„Teile und Herrsche“

In den unterentwickelten Ländern (wo die Mehrheit der Menschen wohnt) besteht für die Massen eine unerträgliche Situation: Armut, Arbeitslosigkeit und der Hungertod sind ihre Perspektiven. Deshalb sind viele Länder von Bürgerkriegen entlang der rassistischen und religiösen Linien zerrissen, unterdrücken Militärdiktaturen die Massen mit brutaler Gewalt, foltern, morden.

All das ist jedoch nicht vom Himmel gefallen - es ist das Ergebnis der kolonialen und imperialistischen Ausbeutung durch die herrschende Klasse der entwickelten kapitalistischen Länder. Die Hungerlöhne der „3.Welt“, die billigen Rohstoffe - das sind die Grundlagen der enormen Profite der deutschen, US-amerikanischen und sonstigen multinationalen Konzerne, von denen 500 heute den Weltmarkt beherrschen.

Die „Teile und herrsche“-Strategie der Imperialisten, willkürliche Grenzziehungen und die totale Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems - das sind die wahren Ursachen für die blutigen Bürgerkriege im Libanon, in Sri Lanka und anderswo. Im Golfkrieg schauen die Westmächte seelenruhig zu, wie die Jugend beider Länder

abgeschlachtet wird; denn schließlich wollen die Waffenindustriellen ja auch ihre Produkte verkaufen und „ausprobieren“ lassen!

Der Imperialismus hat der „3.Welt“ nichts als Hunger und Gewalt auf der Grundlage eines verrotteten wirtschaftlichen Systems vererbt. Und Regimes, die das System im Auftrag des internationalen Kapitals um den Preis von Tausenden und Millionen von Ermordeten und Verfolgten aufrechterhalten. Das NATO-Land Türkei ist ein gutes Beispiel für den Zynismus der herrschenden Klasse und ihrer Politiker. Die folternde und mordende Militärjunta wird von den gleichen Politikern mitfinanziert, die hier gegen Asylsuchende aus der Türkei als „Wirtschaftsflüchtlinge“ hetzen. Wirtschaftliche und politische Unterdrückung hängen miteinander zusammen. Wirtschaftliche Misere führt zu politischen Diktaturen, und politische Unterdrückung beschleunigt den wirtschaftlichen Niedergang (wie Chile sehr gut zeigt).

„Wirtschaftsflüchtlinge“

Die Misere der „Wirtschaftsflüchtlinge“ ist insofern politisch bedingt. Sie ist das Ergebnis der Politik der großen Konzerne wie United Fruits, Daimler, VW, Krupp usw. und ihrer Vertreter in den Parteien und im Staatsapparat.

Für die Politiker des Kapitals, egal welcher Schattierung, ist es jedoch nur konsequent, auch in der BRD die „Teile und herrsche“-Strategie weiterzuverfolgen: spalten zwischen „Asylberechtigten“ und „Scheinasylanten“, Hetze gegen alle Asylsuchenden, spalten zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern.

Natürlich ist eine Entvölkerung der „3.Welt“ und eine Massenumsiedlung nach Europa letzten Endes keine Lösung drängender Wirtschaftsprobleme. Darum müssen wir fordern:

- * Volle Unterstützung für die Arbeiterbewegung in der „3.Welt“ durch SPD und DGB
- * Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch massive Arbeitszeitverkürzung bei einem garantierten Mindestlohn von 1500,- DM netto
- * Enteignung und Überführung in Gemeineigentum der multinationalen Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Auf der Grundlage des kapitalistischen Weltsystems gibt es keinen Ausweg aus Hunger, Krieg und Unterdrückung. Die Antwort auf die „Asylantenfrage“ kann nur eine sozialistische sein - eine Gesellschaft, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker gesichert und der materielle Wohlstand die Basis für eine Demokratie der arbeitenden Menschen ist.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist



Ich möchte
VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

PschA Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1